

Verteilungsradar: Einkommens- und Vermögensungleichheit in der Schweiz.

Dr. Melanie Häner-Müller, Nina Kalbermatter MA, Nadja Koch BA
und Prof. Dr. Christoph A. Schaltegger

Executive Summary

Die Debatte über Ungleichheit ist in der Schweiz allgegenwärtig und wird von internationalen Entwicklungen geprägt, die eine wachsende Kluft in der Verteilung von Einkommen und Vermögen postulieren. Doch der Blick auf die Daten zeigt: Die Schweiz ist ein Sonderfall. Die Einkommen vor und nach Steuern sind über die Jahre ausgesprochen gleichmässig verteilt. Trotz steigender Vermögenskonzentration beträgt auch der Anteil des Einkommens aus Vermögen am gesamten Einkommen der privaten Haushalte stabil rund 10 Prozent. Das oft überzeichnete Bild einer sich vertiefenden Kluft oder sich öffnenden Schere trifft auf die Schweiz nicht zu. Umso wichtiger ist eine faktenbasierte Analyse, die den besonderen Schweizer Kontext präzise beleuchtet.

Der IWP-Verteilungsradar 2024 nimmt dies zum Anlass und bietet eine umfassende Analyse der Einkommens- und Vermögensverteilung in der Schweiz, indem er sowohl die langfristigen Entwicklungen als auch aktuelle Herausforderungen untersucht. Dabei ist es entscheidend, auch die wahrgenommene Ungleichheit zu berücksichtigen, da diese die Volksentscheidungen zur Umverteilung massgeblich mitbeeinflusst.

Verteilung der Einkommen

Die Analyse zeigt, dass die Einkommensungleichheit in der Schweiz über die letzten 100 Jahre konstant geblieben ist. Die obersten 10% der Bevölkerung vereinen über die Zeit rund 30% des Gesamteinkommens auf sich. Im internationalen Vergleich zeichnen sich die Markteinkommen vor Umverteilung durch eine besonders gleichmässige Verteilung aus, während die Einkommensungleichheit nach Umverteilung im OECD-Mittelfeld liegt.

Im Gegensatz zu den angelsächsischen Ländern, die seit den 1980er Jahren einen Anstieg der Einkommensungleichheit verzeichnen, über dessen Ausmass allerdings in der Wissenschaft kein Konsens besteht, bleibt die Schweiz ein stabiler Sonderfall. Diese Stabilität steht im Zusammenhang mit einer Kombination aus einem flexiblen Arbeitsmarkt, einem starken dualen Bildungssystem und einem föderalen Steuersystem. Dies gilt auch im Hinblick auf gesellschaftliche Trends: Trotz des ungleichheitserhöhenden Effekts der Partnerwahl – zufällige Partnerwahl würde die Einkommensungleichheit um 10% senken – bleibt die Ungleichheit der Markteinkommen im internationalen Vergleich bemerkenswert tief.

Wahrgenommene Ungleichheit

Eine weitere zentrale Erkenntnis des Verteilungsradars ist der messbare Unterschied zwischen tatsächlicher und wahrgenommener Ungleichheit. Während die tatsächliche Einkommensverteilung sich durch eine hohe Stabilität auszeichnet, lässt sich in der Wahrnehmung der Bevölkerung eine wachsende Einkommensungleichheit feststellen. Die Abweichung von Wahrnehmung und Wirklichkeit führt dazu, dass das traditionelle Bild der Mittelstandsgesellschaft in der öffentlichen Diskussion zunehmend unter Druck gerät. Dies hat gerade in einer direkten Demokratie verteilungspolitische Konsequenzen, da sie zu steigenden Umverteilungspräferenzen führt.

Verteilung der Vermögen

Im Vergleich zur seit Jahrzehnten stabilen Einkommensungleichheit steigt die Vermögensungleichheit in der Schweiz seit den 2000er Jahren an. Im Jahr 2020 vereinte das reichste 1% der Haushalte rund 44% des gesamten Vermögens auf sich, im Jahr 2000 waren es rund 35%. Wird das Pensionskassenvermögen berücksichtigt, sinkt dieser Anteil auf rund 30%. Im Jahr

2000 lag er bei rund 23%. Der Anstieg der Vermögensungleichheit lässt sich auf verschiedene Faktoren zurückführen, darunter insbesondere die Wertsteigerung von Immobilien und Wertpapieren sowie den Zufluss ausländischen Vermögens. Die Vermögenskonzentration resultierte jedoch nicht in einem Anstieg der Kapitaleinkommen. Der Anteil des Vermögenseinkommens am gesamten Einkommen der privaten Haushalte blieb relativ konstant bei rund 10%. Damit blieb die Einkommensungleichheit trotz steigender Vermögenskonzentration stabil.

Der Verteilungsradar, den das IWP hier erstmals präsentiert, dient als wertvolle Ressource für die politische und gesellschaftliche Diskussion über Ungleichheit in der Schweiz. Er bietet nicht nur fundierte Einblicke in die Vergangenheit, sondern ermöglicht eine sachliche Einordnung der aktuellen Verteilungssituation. Damit trägt er zu informierten politischen Entscheidungen bei und ergänzt emotionale Debatten durch faktenbasierte Analysen.

Inhalt

Executive Summary	2
1 Ziel und Inhalt des Verteilungsradars	1
2 Verteilung der Einkommen	3
2.1 Was versteht man unter Einkommen?	3
2.2 Einsicht in die wichtigsten Verteilungsmasse	4
2.2.1 Die Spitze: Entwicklung der Topeinkommenskonzentration	4
2.2.2 Die Mitte: Entwicklung des Gini-Indexes und des Mittelstands	6
2.2.3 Der untere Pol: Entwicklung der untersten Einkommen und der Polarisierung	8
2.3 Blick über den Tellerrand	10
2.4 Die Schweiz – Ein Land aus 26 Kantonen	13
2.5 Auswirkungen auf das Steueraufkommen	14
2.6 Treiber der Einkommensungleichheit	17
2.6.1 Globale Faktoren	17
2.6.2 Gründe für den Sonderfall Schweiz	18
3 Wahrgenommene Ungleichheit	22
3.1 Gemessene versus wahrgenommene Ungleichheit	22
3.2 Ausmass wahrgenommene Ungleichheit in der Schweiz	22
3.3 Wahrgenommene Ungleichheit im internationalen Vergleich	24
3.4 Auswirkungen auf die Umverteilungspräferenzen	25
4 Verteilung der Vermögen	27
4.1 Was versteht man unter Vermögen?	27
4.2 Einsicht in die wichtigsten Verteilungsmasse	28
4.2.1 Die Spitze: Entwicklung der Topvermögenskonzentration	28
4.2.2 Die Mitte: Entwicklung des Gini-Indexes	29
4.2.1 Der untere Pol: Entwicklung der untersten Vermögen	30
4.3 Blick über den Tellerrand	32
4.4 Die Schweiz – Ein Land aus 26 Kantonen	32
4.5 Treiber der Vermögensungleichheit	33
5 Heiratsverhalten und dessen Verteilungswirkungen	36
5.1 Partnerwahl von Herrn und Frau Schweizer	36
5.2 Ungleichheitseffekte der Ehepartnerwahl	37
6 Fazit und Ausblick Verteilungsradar	39
7 Literaturverzeichnis	41

1 Ziel und Inhalt des Verteilungsradars

Die Verteilung von Einkommen und Vermögen ist ein zentrales Thema in jeder Gesellschaft und prägt damit die wirtschaftspolitische Debatte. Sie wirft Fragen nach Gerechtigkeit, Effizienz und gesellschaftlichem Zusammenhalt auf, die sich sowohl in politischen Vorstössen als auch im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs widerspiegeln.

In der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur erfreuten sich Forschungsfragen zur Ungleichheit und Umverteilung in den letzten zwei Jahrzehnten grosser Beliebtheit. Den Grundstein dafür legte der französische Ökonom Thomas Piketty (Piketty, 2001; 2003), basierend auf Arbeiten des Lausanner Ökonomen Vilfredo Pareto zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Sein Verdienst lag darin, durch die Kombination von Steuerdaten mit Bevölkerungszahlen und Volkseinkommensdaten die Topeinkommensanteile über lange Zeiträume in verschiedenen Ländern zu bestimmen. Daraus entstand die umfassende Datenbank World Inequality Database (WID), die mittlerweile die Ungleichheit in allen Ländern weltweit erfasst. Besonders mit seinem populärwissenschaftlichen Buch «Das Kapital im 21. Jahrhundert» (2014) regte Piketty nicht nur den wissenschaftlichen Diskurs an, sondern entfachte auch eine öffentliche Debatte über Erbschaftssteuern und andere Instrumente der Umverteilung von Reich zu Arm.

Ausgehend von den Werken Pikettys, die den Anstieg der Einkommensungleichheit primär in angelsächsischen Ländern aufzeigen, prägten auch hierzulande in den vergangenen zwei Jahrzehnten intensive Diskussionen rund um Ungleichheit und Umverteilung. Diese mündeten in politischen Initiativen. Vorgeschlagene Massnahmen betrafen unter anderem die Abgangsentschädigungen für Manager¹, das Lohngefälle innerhalb von Unternehmen² sowie die Besteuerung von Kapitaleinkommen³ und Erbschaften.^{4,5}

Ein Blick auf die Daten offenbart jedoch: Die Schweiz zeichnet sich durch eine bemerkenswert konstante und niedrige Einkommensungleichheit aus – selbst angesichts einer vergleichsweise hohen Vermögenskonzentration. Im Gegensatz zu den angelsächsischen Ländern hat diese in der Schweiz nicht zu einem Anstieg der Einkommensungleichheit geführt. Es zeichnet sich vielmehr ab, dass eine Debatte importiert wird, die teils auf Argumenten beruht, die für die Schweiz nicht zutreffen.

Neuste Forschungen betonen die Bedeutung der wahrgenommenen Ungleichheit und finden zwei Hauptbefunde: Es besteht kaum einen Zusammenhang zwischen der wahrgenommenen und der tatsächlichen Ungleichheit. Es sind aber die wahrgenommene Ungleichheit und die wahrgenommene gesellschaftliche Durchlässigkeit, welche die Präferenz für Umverteilung stärker beeinflussen als die tatsächliche Verteilungssituation (Alesina et al., 2018; Mengel & Weidenholzer, 2023; Stantcheva, 2024). Hier zeigt sich die Auswirkung der importierten

¹ Eidgenössische Volksinitiative 'gegen die Abzockerei'. <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis348t.html> (Zugriff am 08.11.2024).

² Eidgenössische Volksinitiative '1:12 – Für gerechte Löhne'. <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis375.html> (Zugriff am 08.11.2024).

³ Eidgenössische Volksinitiative 'Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern'. <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/abstimmungen/20210926/volksinitiative-loehne-entlasten-kapital-gerecht-besteuern.html> (Zugriff am 08.11.2024).

⁴ Eidgenössische Volksinitiative 'Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)'. <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis414t.html> (Zugriff am 08.11.2024).

⁵ Eidgenössische Volksinitiative 'Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)'. <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis532t.html> (Zugriff am 08.11.2024).

Ungleichheitsdebatte: Wir beobachten einen Anstieg der wahrgenommenen Ungleichheit, obwohl die gemessene nicht angestiegen ist.

Umso wichtiger ist es, die Verteilungssituation in der Schweiz regelmässig umfassend und mit wissenschaftlicher Zahlengrundlage zu erfassen, damit auf dieser Basis informierte politische Entscheidungen getroffen werden können. Dies ist insbesondere in einer direkten Demokratie wie der Schweiz von Bedeutung, wo das Volk regelmässig über Sachgeschäfte entscheidet.

Das Ziel des IWP-Verteilungsraders ist es, die Verteilungssituation in der Schweiz anhand aktueller Zahlen umfassend darzustellen und aktuelle und historische Entwicklungen der Einkommens- und Vermögenssituation im Detail zu beleuchten.⁶

Der Bericht ist wie folgt aufgebaut: Ausgehend von den jeweiligen Einkommens- und Vermögensdefinitionen wird in den Kapiteln 2 und 4 eine Einsicht in die wichtigsten Verteilungsmasse gegeben. Zudem erfolgt ein Vergleich der Verteilungssituation in der Schweiz mit derjenigen in anderen Ländern, und es werden die interkantonalen Unterschiede ausgeleuchtet. Darüber hinaus widmen wir uns den jeweiligen Treibern der Einkommens- und Vermögensungleichheit.

Kapitel 3 vergleicht die gemessene mit der wahrgenommenen Ungleichheit und behandelt die politischen und gesellschaftlichen Konsequenzen von Diskrepanzen zwischen diesen beiden Grössen.

In einem Exkurs beleuchten wir in Kapitel 5 das Heiratsverhalten und dessen Auswirkungen auf die hiesige Einkommens- und Vermögensverteilung.

Kapitel 6 zieht schliesslich ein Fazit zur Einkommens- und Vermögensverteilung in der Schweiz.

⁶ Die Frage nach der für eine Gesellschaft anzustrebenden Einkommens- und Vermögensverteilung wird in diesem Bericht nicht vertieft. Damit befasst sich insbesondere die philosophische Literatur, in der die Frage nach den gesellschaftlichen Gerechtigkeitsnormen einen zentralen Platz einnimmt.

2 Verteilung der Einkommen

Um die Bedeutung der gemessenen Einkommensverteilung zu erfassen, ist es unabdingbar, zunächst den Begriff «Einkommen» zu definieren und die verschiedenen Einkommensarten voneinander abzugrenzen (vgl. Abschnitt 2.1). Anschliessend wird in Abschnitt 2.2 die Verteilungssituation in der Schweiz entlang der unterschiedlichen Einkommensgruppen dargestellt, während die Schweizer Ergebnisse in Abschnitt 2.3 im internationalen Kontext eingeordnet werden. Abschnitt 2.4 vergleicht die Verteilungssituation zwischen den einzelnen Kantonen, während Abschnitt 2.5 aufzeigt, welche Auswirkungen die Einkommensverteilung auf die Verteilung der Steueraufkommen hat. Schliesslich bietet Abschnitt 2.6 einen Überblick über die Treiber der Ungleichheit.

2.1 Was versteht man unter Einkommen?

Das **Einkommen** umfasst «die Gesamtheit derjenigen Wirtschaftsgüter [...], welche einem Individuum während eines bestimmten Zeitabschnitts zufließen und die es ohne Schmälerung seines Vermögens zur Befriedigung seiner persönlichen Bedürfnisse und für seine laufende Wirtschaft verwenden kann» (ESTV, 2023, S. 3). Es handelt sich dabei um Einkünfte, die durch Arbeit oder das Halten von Kapital generiert werden. In Abhängigkeit der Erzielungsquelle lässt sich das Einkommen entsprechend in Erwerbs- und Kapitaleinkommen unterteilen. Jegliche Einkünfte aus dem Besitz von Vermögen fallen folglich in die Kategorie der Kapitaleinkommen.

Erwerbs- vs. Kapitaleinkommen

Das **Erwerbseinkommen** bezieht sich spezifisch auf Einkünfte aus selbständiger oder unselbständiger Arbeit (ESTV, 2023).

Das **Kapitaleinkommen** ist eine besondere Einkommensform, die nicht direkt aus einer Erwerbstätigkeit resultiert, sondern aus dem Besitz von beweglichem und unbeweglichem Vermögen. Hierzu gehören beispielsweise Zinsen aus Sparguthaben, Dividenden von Aktien sowie Einkünfte aus der Vermietung oder Verpachtung von Immobilien (ebd.).

Die Gesamtheit der Einkünfte aus Erwerbs- und Kapitaleinkommen wird als **Primär- oder Markteinkommen** bezeichnet. Dieses entspricht dem Einkommen, das den Haushalten vor der staatlichen Umverteilung zur Verfügung steht (BFS, 2018). Erhält ein Haushalt zusätzlich Sozialleistungen wie beispielsweise Renten, Betreuungsgutscheine oder Arbeitslosengeld, verbessern sich dadurch die finanziellen Möglichkeiten dieses Haushalts. Das dadurch entstehende Gesamteinkommen wird als **Bruttoeinkommen** bezeichnet.

Nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben bleibt das **verfügbare Einkommen** übrig. Während das Markteinkommen kaum durch staatliche Eingriffe beeinflusst wird, hängt das verfügbare Einkommen stark von staatlichen Umverteilungsmassnahmen ab. Viele Länder, darunter auch die Schweiz, setzen auf progressive Steuersysteme, bei denen höhere Einkommen stärker besteuert werden. Gleichzeitig fliessen Steuereinnahmen durch Transfers an bedürftige Personen zurück. Auf diese Weise sinkt das Einkommen von Personen mit hohem Einkommen nach Steuern und Transfers, während es bei Menschen mit geringem Einkommen steigt. So entsteht die staatliche Umverteilung.

Abbildung 1: Einkommensdefinitionen

+ Erwerbseinkommen + Einkommen aus Vermögen und Vermietung
= Primäreinkommen
+ Renten und Sozialleistungen + Monetäre Überweisungen von anderen Haushalten
= Bruttoeinkommen
- Obligatorische Transferausgaben - Monetäre Überweisungen an andere Haushalte
= Verfügbares Einkommen

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf BFS (2022a).

2.2 Einsicht in die wichtigsten Verteilungsmasse

Mithilfe verschiedener Masse lässt sich die Einkommensverteilung sowohl vor als auch nach steuerlicher Umverteilung bestimmen. Für ein umfassendes Bild der Verteilungssituation ist es wichtig, die verschiedenen Einkommensgruppen zu unterscheiden. Dabei beginnen wir mit den höchsten Einkommensgruppen und arbeiten uns schrittweise entlang der gesamten Einkommensverteilung nach unten.

2.2.1 Die Spitze: Entwicklung der Topeinkommenskonzentration

Eine exakte Abbildung der Spitzeneinkommen ist entscheidend, um die Einkommensverteilung vollständig zu erfassen. In den meisten westlichen Gesellschaften sind Einkommen rechtsschief verteilt: Es gibt wenige Personen mit niedrigem Einkommen, viele, die sich in der Mitte der Einkommensverteilung befinden, und schliesslich nur ganz wenige, die sehr hohe Einkommen erzielen. Werden diese sehr hohen Einkommen gar nicht oder nicht vollständig erfasst, bleibt die gemessene Einkommensungleichheit ungenau.

Um die Topeinkommen präzise abzubilden, ist eine verlässliche Datengrundlage essenziell. Einen wesentlichen Beitrag zur empirischen Erfassung der Einkommenskonzentration über längere Zeiträume hat der französische Ökonom Thomas Piketty (2001) geleistet. Inspiriert von der Arbeit des US-amerikanischen Ökonomen Simon Kuznets (1953) verwendet er Steuerdaten und kombiniert diese mit Bevölkerungszahlen sowie dem Volkseinkommen. Der Vorteil von Steuerstatistiken gegenüber Umfragedaten liegt einerseits in ihrer langfristigen Verfügbarkeit. Andererseits – und das ist gerade für die Bestimmung der Einkommen der Topverdiener unerlässlich – ermöglichen Steuerstatistiken eine Vollerhebung sämtlicher Einkommen. Im Gegensatz dazu sind die Topeinkommen in Umfragedaten häufig unterrepräsentiert.

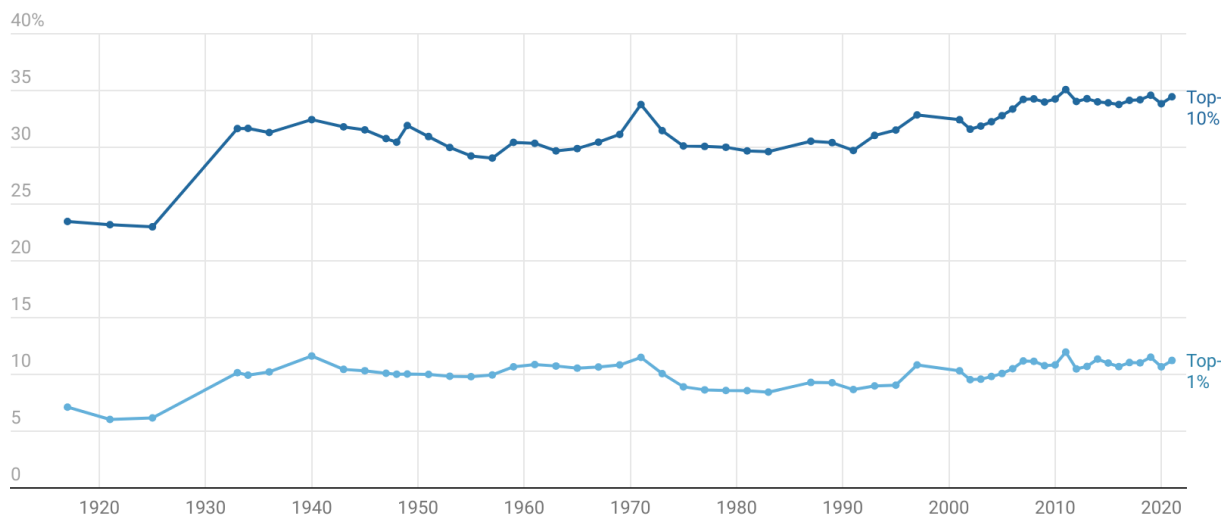
Für die Schweiz und ihre Kantone bietet die [Swiss Inequality Database \(SID\)](#) die entsprechenden Erkenntnisse zur Topeinkommenskonzentration, basierend auf der Berechnungsmethode von Thomas Piketty (2001, vgl. Methodische Hintergrund-Box). Die Ungleichheitsmessungen der SID stützen sich auf die offiziellen Bundes-, Kantons-, Gemeinde- und Kirchensteuerdaten der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV), die bis ins Jahr 1917 zurückreichen (Schaltegger & Gorgas, 2011).

Methodischer Hintergrund

Da historische und öffentlich verfügbare Daten zu den steuerbaren Einkommen in der Regel nicht als Individualdaten, sondern aggregiert für Einkommensklassen vorliegen, ist eine geeignete Methode erforderlich, um auf die Einkommensanteile konsistent definierter Bevölkerungsgruppen schliessen zu können. Die in der internationalen Literatur etablierte Methode geht auf den Ökonomen Vilfredo Pareto zurück, der feststellte, dass die 20% höchsten Einkommen annähernd einer konstanten Verteilung folgen. Auf dieser Grundlage können die Einkommensanteile der Top-Verdiener aus der offiziellen Steuerstatistik sehr genau interpoliert werden (Piketty, 2001).

Abbildung 2 zeigt, wie sich die Einkommensanteile der Top-1%- und Top-10%-Bezüger am Gesamteinkommen von 1917 bis 2021 entwickelt haben. Beide Anteile blieben über die letzten knapp 100 Jahre stabil: Die Top-10%-Einkommen verdienten stets etwa 30% des Gesamteinkommens in der Schweiz, während die obersten 1% rund 10% des Gesamteinkommens erwirtschafteten.

Abbildung 2: Entwicklung des Anteils der Top-Verdiener am Gesamteinkommen (1945-2021)

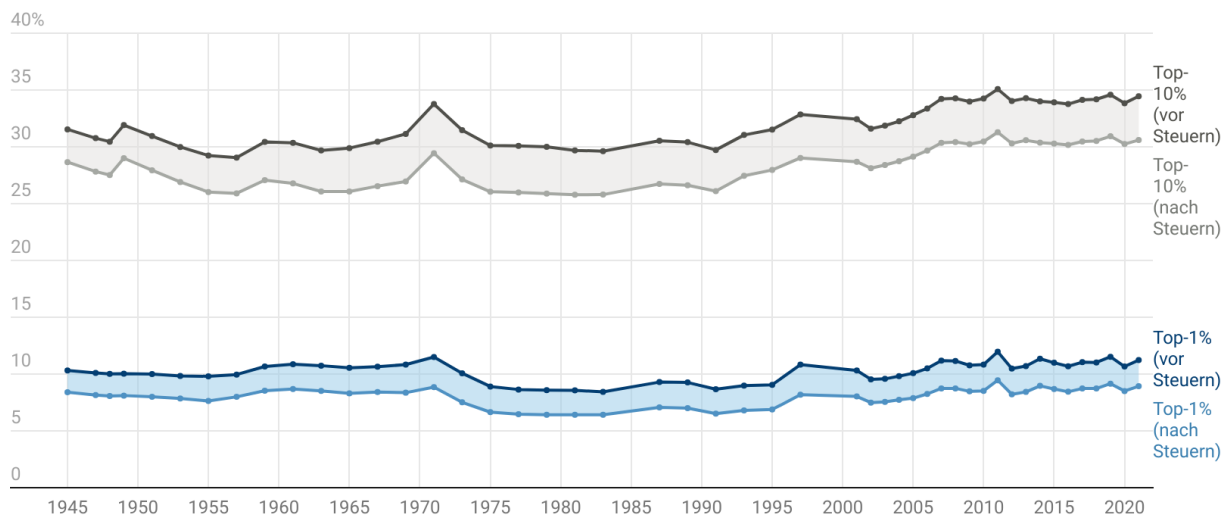


Quelle: Eigene Darstellung basierend auf SID (2024)

Hinweis: Die Datenquelle vor 1933 beinhaltet nur die Lohnneinkommen, jedoch nicht die Kapitaleinkommen (Schaltegger & Gorgas, 2011). Dies bedeutet, dass die Datenpunkte davor und danach nicht vergleichbar sind, und erklärt den Anstieg in 1933.

Abbildung 3 ergänzt Abbildung 2, indem sie die Einkommensanteile der obersten 1% und 10% der Verdiener nicht nur vor, sondern auch nach der steuerlichen Umverteilung veranschaulicht. Dabei zeigt sich, dass die Konzentration von Top-Einkommen durch die progressive Einkommensbesteuerung reduziert wird. Bei den Top-10% beträgt die Reduktion, auch als «Steuerkeil» bezeichnet, etwa 3 bis 4 Prozentpunkte, während der Anteil der Top-1% durch die steuerliche Umverteilung um rund 2 Prozentpunkte zurückgeht. Die langfristige Stabilität der Einkommenskonzentration ist auch in der Nach-Steuer-Einkommensverteilung über die letzten knapp 100 Jahre ersichtlich.

Abbildung 3: Entwicklung des Anteils der Top-Verdiener am Gesamteinkommen und der steuerlichen Umverteilung (1945-2021)



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf SID (2024).

2.2.2 Die Mitte: Entwicklung des Gini-Indexes und des Mittelstands

Nachdem wir uns die Top-Einkommen angesehen haben, richten wir den Blick auf die Mitte der Einkommensverteilung. Denn nicht nur die höchsten Einkommen, sondern auch und gerade die Verhältnisse in der breiten Bevölkerung prägen die Lebenssituation in einer Gesellschaft massgeblich. Der Gini-Koeffizient gibt an, wie gleich oder ungleich die Einkommen zwischen den Haushalten verteilt sind. Dabei wird die tatsächliche Verteilung der Einkommen mit der vollständigen Gleichverteilung abgeglichen. Die Werte des Gini-Koeffizienten variieren zwischen 0 und 1. Ein Gini-Koeffizient von 0 bedeutet, dass alle Einkommen gleich verteilt sind, während ein Wert von 1 signalisiert, dass eine Person das gesamte Einkommen auf sich vereint.

Der Gini-Koeffizient basiert meist auf Umfragedaten, die detaillierte Informationen zum Haushaltseinkommen⁷ liefern und die Berechnung von Äquivalenzeinkommen⁸ ermöglichen, wodurch Haushalte unterschiedlicher Grösse vergleichbar gemacht werden.

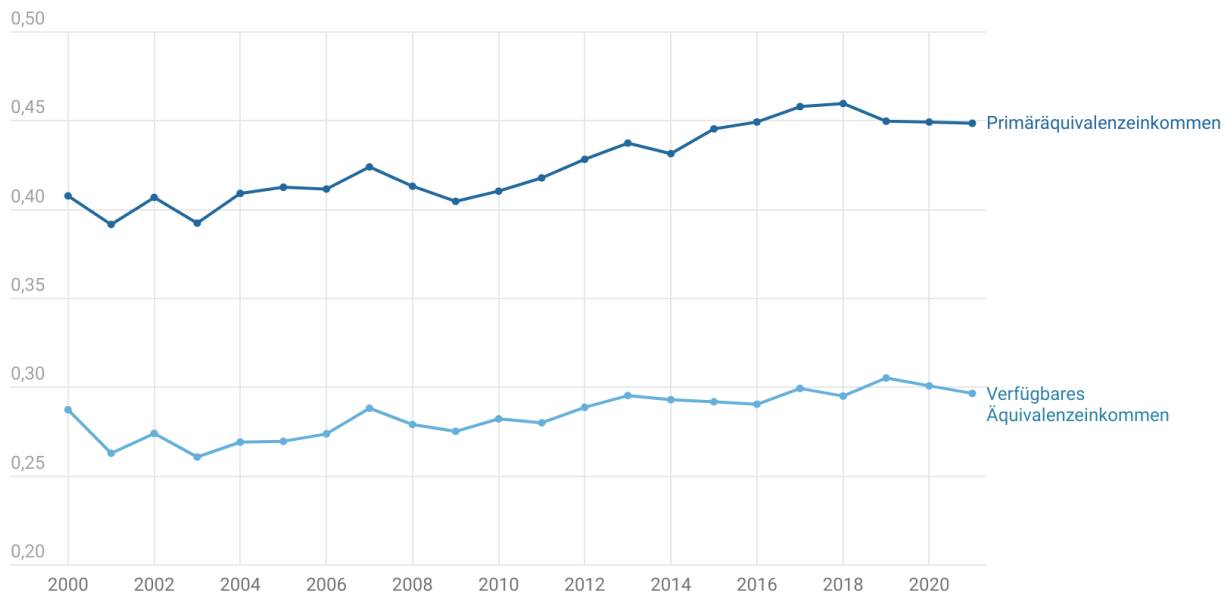
Die beiden Gini-Koeffizienten für die Schweizerische Gesamtbevölkerung sind in Abbildung 4 für die Jahre 2000 bis 2021 dargestellt. Der Koeffizient blieb sowohl für die Primäreinkommen als auch das verfügbare Äquivalenzeinkommen über die Jahre stabil. Im Durchschnitt lag der Gini-Koeffizient der Primäreinkommen zwischen 2000 und 2021 bei 0,43 und jener der verfügbaren Einkommen bei 0,28. Der Vergleich der beiden Gini-Koeffizienten macht ausserdem deutlich, dass die Umverteilung durch Steuern und Transfers die Einkommensungleichheit

⁷ Das Haushaltseinkommen berücksichtigt nicht nur das Einkommen eines Einzelnen, sondern das Gesamteinkommen aller Mitglieder eines Haushalts (BFS, 2024a).

⁸ Das Äquivalenzeinkommen verteilt das Haushaltseinkommen auf die einzelnen Mitglieder, indem es die wirtschaftlichen Vorteile eines grösseren Haushalts berücksichtigt. Grössere Haushalte können ihre Ausgaben auf mehrere Personen verteilen, wodurch sie pro Kopf weniger Einkommen benötigen, um denselben Lebensstandard zu erreichen wie kleinere Haushalte. Zur Berechnung werden Äquivalenzskalen verwendet, die jedes Haushaltsmitglied je nach Alter und Status unterschiedlich gewichten. So wird der Haupteinkommensbezieher höher gewichtet als Kinder oder nicht erwerbstätige Mitglieder (BFS, 2024b).

massgeblich verringert. Allerdings gilt es dabei zu bedenken, dass in den Primäräquivalenzeinkommen per Definition die Renten der Rentnerhaushalte – und damit deren Einkommen – nicht enthalten sind, was einen höheren Gini-Koeffizienten der Primäräquivalenzeinkommen zur Folge hat. Wie der Hintergrund-Box zu entnehmen ist, liegen bei der Erwerbsbevölkerung daher der Gini-Koeffizient für die Primäräquivalenzeinkommen und der Gini-Koeffizient für die verfügbaren Äquivalenzeinkommen deutlich näher beieinander.

Abbildung 4: Entwicklung des Gini-Koeffizienten der Gesamtbevölkerung (2000-2021)



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf BFS (2024c).

Hintergrund

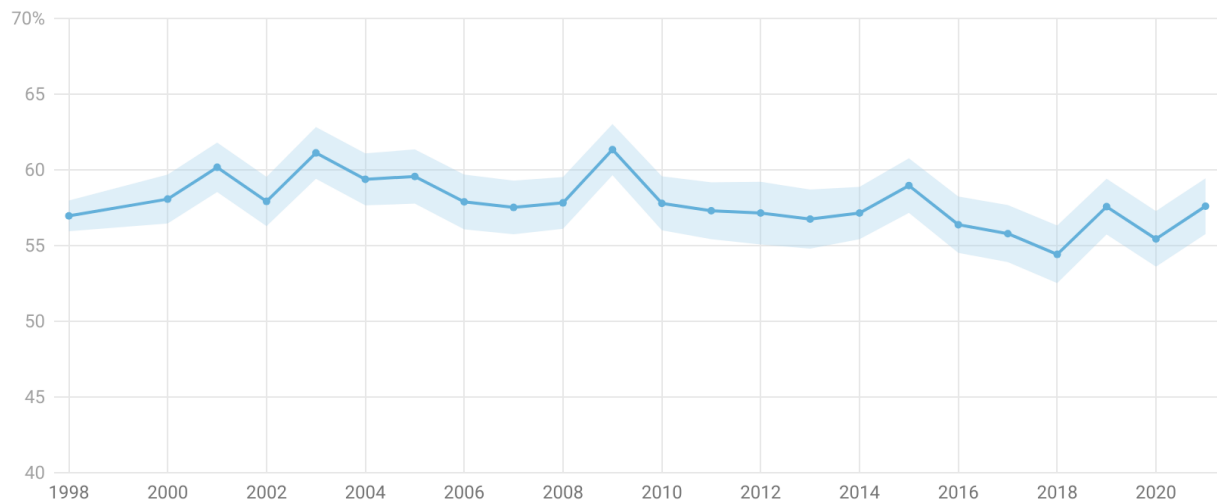
Statt die gesamte Bevölkerung zu betrachten, können wir bei der Analyse von Verteilungen den Fokus auf Erwerbshaushalte bzw. die Personen in solchen Haushalten legen. Das Bundesamt für Statistik grenzt die unterschiedlichen Haushaltstypen wie folgt voneinander ab: «Die Haushalte werden aufgrund der Merkmale ihrer Referenzpersonen (d. h. des Haushaltsmitglieds, das am meisten zum Gesamteinkommen des Haushalts beiträgt) in Erwerbs- oder Rentnerhaushalte eingeteilt. Als Rentnerhaushalte gelten alle Haushalte, deren Referenzperson eine Alters-, Hinterlassenen- oder Invalidenrente bezieht und nicht erwerbstätig ist. Alle übrigen Haushalte werden als Erwerbshaushalte klassiert (inklusive Referenzpersonen in Ausbildung).» (BFS, 2024c)

Die Analyse der Erwerbsbevölkerung ermöglicht es, ein genaues Bild derjenigen zu gewinnen, die durch ihre Arbeit zum Haushaltseinkommen beitragen und am Arbeitsmarkt aktiv sind. Dadurch lassen sich wirtschaftliche Ungleichheiten innerhalb dieser erwerbstätigen Gruppe gezielt untersuchen.

Der Gini-Koeffizient für die Gruppe der Erwerbstätigen liegt deutlich niedriger als jener für die Gesamtbevölkerung, bleibt über die Zeit jedoch ebenfalls stabil. Für das Primäräquivalenzeinkommen schwankt der Gini um 0,33, während das verfügbare Äquivalenzeinkommen einen noch geringeren Gini von etwa 0,27 aufweist.

Ein weiterer interessanter Aspekt in der Mitte der Einkommensverteilung betrifft die Bedeutung des Mittelstands. Der Mittelstand umfasst Personen aus Haushalten mit einem Bruttoäquivalenzeinkommen⁹ zwischen 70% und 150% des medianen Bruttoäquivalenzeinkommens des jeweiligen Beobachtungsjahres (BFS, 2024d). Gemäss Abbildung 5 machte diese Bevölkerungsgruppe in den letzten 20 Jahren zwischen 54,5% und 61,3% der Gesamtbevölkerung aus, was darauf hinweist, dass auch der Mittelstand weitgehend stabil geblieben ist.

Abbildung 5: Entwicklung des Bevölkerungsanteils der mittleren Einkommensgruppe (1998-2021)



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf BFS (2024d).

Hinweis: Die transparente Fläche stellt das 95%-Konfidenzintervall dar.

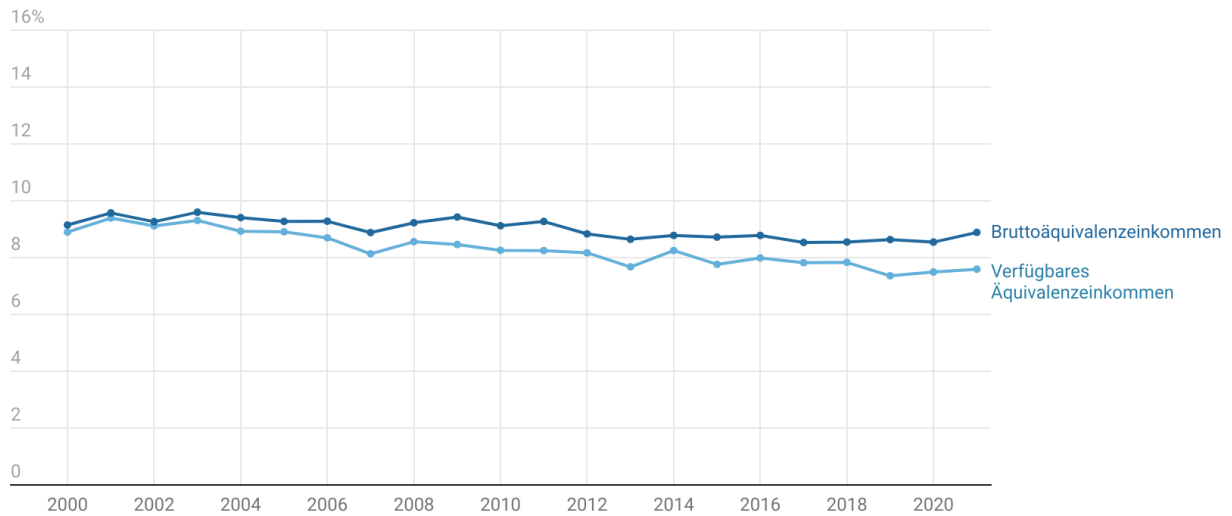
2.2.3 Der untere Pol: Entwicklung der untersten Einkommen und der Polarisierung

Nach der Analyse der höchsten Einkommensgruppen sowie des Mittelstands vervollständigt der Blick auf die untersten Einkommensgruppen das Gesamtbild. Analog zur Spitze können wir auch den Einkommensanteil der untersten Einkommensgruppen am Gesamteinkommen betrachten.

Abbildung 6 unterscheidet zwischen Bruttoäquivalenzeinkommen und verfügbarem Äquivalenzeinkommen. Bei den untersten 20% der Einkommen verringert sich der Einkommensanteil aufgrund von Transferausgaben um bis zu einem Prozentpunkt. Im Durchschnitt liegt der Anteil der untersten 20% Bezüger am verfügbaren Einkommen bei rund 8,3%.

⁹ Das Bruttoäquivalenzeinkommen ist ein bedarfsgewichtetes Haushaltseinkommen, das die Einkommenssituation an die Haushaltsgrösse und -struktur anpasst, um unterschiedliche Lebensstandards vergleichbar zu machen. Dabei handelt es sich um das Haushaltseinkommen vor Steuern und Abgaben (BFS, 2024b).

Abbildung 6: Entwicklung des Anteils der niedrigsten 20% der Einkommensbezieher am Gesamteinkommen in der Gesamtbevölkerung (2000-2021)



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf BFS (2024c).

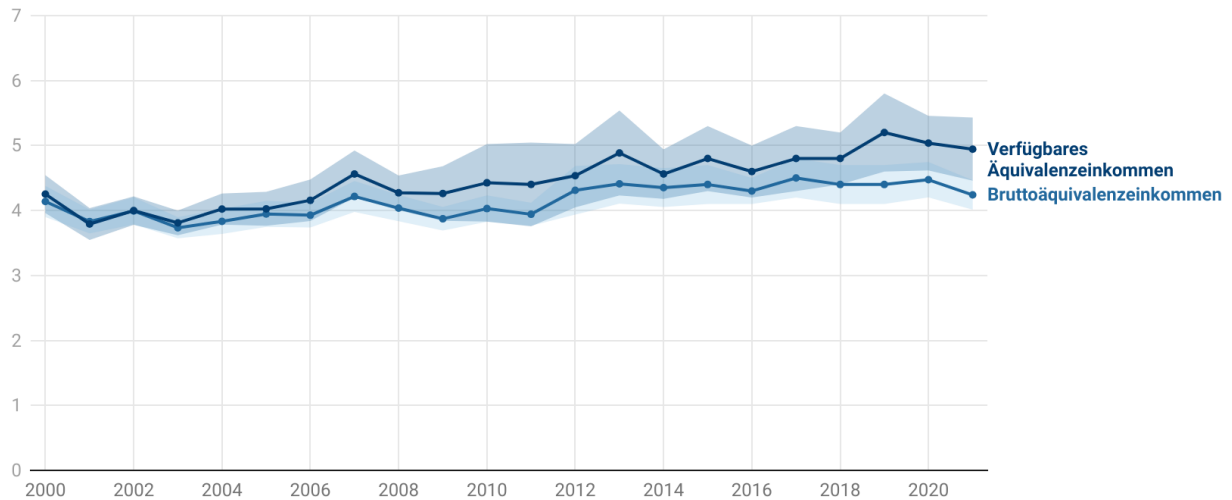
Hinweis I: Das Primäräquivalenzeinkommen wird hier nicht dargestellt, weil der Einkommensanteil in den BFS-Daten für das Primäräquivalenzeinkommen der Gesamtbevölkerung sehr niedrig ausfällt. Dies liegt daran, dass insbesondere Renten nicht berücksichtigt sind.

Hinweis II: Für die Daten ab 2015 verwendet das BFS ein revidiertes Berechnungsmodell, welches Einpersonenhaushalte und Haushalte mit tieferen Einkommen stärker gewichtet. In der Folge nahmen die geschätzte mittlere Haushaltsgrösse und das geschätzte mittlere verfügbare Einkommen ab. Die Vergleichbarkeit der Daten vor und nach 2015 ist dadurch eingeschränkt (BFS, 2022).

Gesellschaftspolitisch relevant ist jedoch nicht nur die isolierte Betrachtung der untersten Einkommen. Stattdessen gilt es diese auch mit der Entwicklung der obersten Einkommen abzugleichen, um allfällige Polarisierungstendenzen feststellen zu können.

Das Verhältnis zwischen dem Einkommensanteil der untersten 20% und dem der obersten 20% einer Gesellschaft kann im Quintilverhältnis verglichen werden. Je stärker dieses Verhältnis von 1 abweicht, desto ungleicher sind die Einkommen zwischen diesen Bevölkerungsgruppen verteilt (BFS, 2024e). Abbildung 7 zeigt, dass sich das S80/S20 Quintilverhältnis über den betrachteten Zeitraum kaum verändert hat. Die transparenten Flächen stellen die 95% Konfidenzintervalle dar. 2021 betrug das Quintilverhältnis gemessen am verfügbaren Einkommen 4,9. Dies bedeutet, dass das verfügbare Einkommen der bestverdienenden 20% der Bevölkerung fast fünfmal so hoch ist wie das verfügbare Einkommen der untersten 20% der Bevölkerung.

Abbildung 7: Entwicklung des Quintilverhältnisses (S80/S20) in der Gesamtbevölkerung (2000-2021)



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf BFS (2024e).

Hinweis I: Das Primäräquivalenzeinkommen wird hier nicht dargestellt, weil die Quintilmittelwerte des 1. Quintils in den BFS-Daten für das Primäräquivalenzeinkommen der Gesamtbevölkerung sehr niedrig ausfallen. Dies liegt daran, dass Renten und andere Sozialleistungen nicht berücksichtigt sind.

Hinweis II: Für die Daten ab 2015 verwendet das BFS ein revidiertes Berechnungsmodell, welches Einpersonenhaushalte und Haushalte mit tieferen Einkommen stärker gewichtet. In der Folge nahmen die geschätzte mittlere Haushaltsgrösse und das geschätzte mittlere verfügbare Einkommen ab. Die Vergleichbarkeit der Daten vor und nach 2015 ist dadurch eingeschränkt (BFS, 2022).

2.3 Blick über den Tellerrand

Um die Verteilungssituation der Schweiz einordnen zu können, lohnt sich ein Blick ins Ausland.

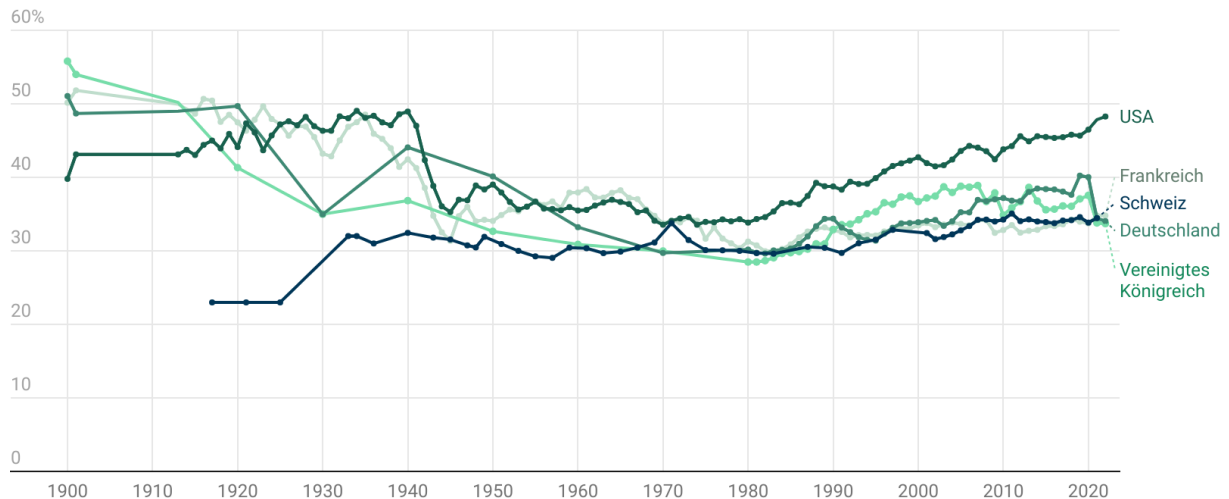
Abbildung 8 veranschaulicht die unterschiedlichen Entwicklungen der einzelnen Länder. Besonders in den angelsächsischen Ländern zeigt sich ein u-förmiger Verlauf über die Zeit.

Ein prominentes Beispiel liefern die Untersuchungen von Thomas Piketty und Emmanuel Saez (2003), die anhand der Anteile der obersten Einkommensgruppen eine solche Entwicklung für die USA dokumentieren. Demnach war die Einkommensungleichheit zu Beginn des 20. Jahrhunderts hoch, verringerte sich in der Mitte des Jahrhunderts erheblich und nimmt seit den 1980er Jahren wieder merklich zu. Wie die Grafik offenbart, ist die U-Form nebst den USA auch in Grossbritannien besonders ausgeprägt. Die Einkommensungleichheit ging in der Mitte des 20. Jahrhunderts stärker zurück und stieg später schneller an als in vielen anderen westlichen Ländern (Lindert & Williamson, 2016; Atkinson et al., 2011).

Während des Ersten Weltkriegs und in der Zwischenkriegszeit war das Einkommen stark konzentriert, doch nach dem Zweiten Weltkrieg sank diese Konzentration substanziell, was auf die Zerstörung von Kapital und hohe Inflation zurückzuführen ist. Auch die Steuerpolitik spielte eine Rolle bei der Abnahme der Einkommenskonzentration, da die Besteuerung der Spitzeninkommen vor dem Ersten Weltkrieg niedrig war, sich nach dem Zweiten Weltkrieg jedoch bis in die 1970 Jahre deutlich erhöhte. Im Gegensatz dazu führten seit den 1980er Jahren Globalisierung und Kapitalmarktliberalisierung zu einem Anstieg des Einkommensanteils der Spitzenverdiener (Alvaredo et al., 2018).

In Deutschland ist ein deutlicher Anstieg der Top-Einkommen erst seit der Jahrtausendwende ersichtlich (Bartels, 2017), wobei das u-förmige Muster nur abgeschwächt auftritt. Auch in Frankreich ist dieses Muster lediglich in milderer Form zu erkennen. Der Anstieg in den Top-Anteilen ab 1980 fällt dort deutlich moderater aus. Wie bereits in Abschnitt 2.2.1 beschrieben, weist die Schweiz im Gegensatz dazu eine bemerkenswerte Stabilität auf, und ein U-Muster ist nicht auszumachen (SID, 2024).

Abbildung 8: Entwicklung der Top-10%-Einkommensanteile im Ländervergleich (1900-2021)

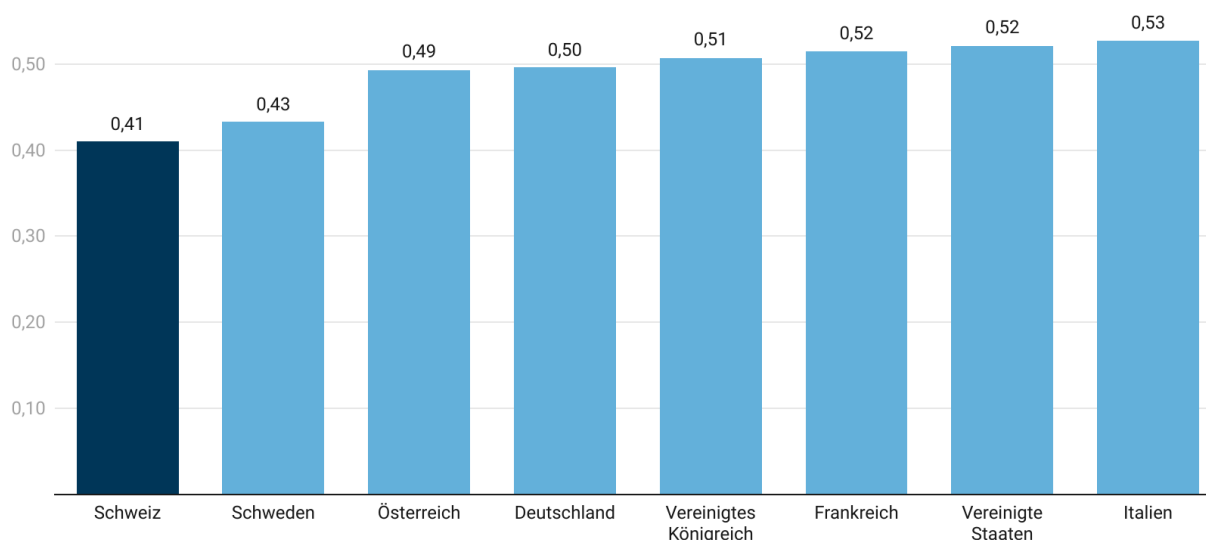


Quellen: Eigene Darstellung basierend auf WID (2024); Schweiz basierend auf SID (2024).

Neuere Forschungen legen allerdings nahe, dass das u-förmige Muster der amerikanischen Einkommensungleichheit weniger ausgeprägt ist als bisher angenommen. Geloso et al. (2022) haben die Schätzungen von Piketty und Saez für die Jahre 1917 bis 1945 neu berechnet und festgestellt, dass der Einkommensanteil der obersten 10% deutlich geringer war als ursprünglich angenommen. Diese Abweichungen resultieren aus unvollständigen Steuerdaten vor dem Zweiten Weltkrieg und den massiven Änderungen der Steuerpflicht während des Krieges. Auten und Splinter (2024) zeigen zudem, dass der Anstieg der Einkommensungleichheit seit 1980 weniger stark ausfällt als in früheren Analysen angenommen. Sie erklären dies mit Verzerrungen in den Schätzungen, die auf der Grundlage individueller Steuererklärungen vorgenommen wurden. Diese Verzerrungen entstehen durch Veränderungen in der Steuerbasis, das Fehlen bestimmter Einkommensquellen sowie durch gesellschaftliche Veränderungen wie sinkende Heiratsraten, veränderte Familienstrukturen und eine alternde Bevölkerung. Auch wenn der u-förmige Verlauf der Einkommenskonzentration in die neueren und präziseren Studien bestehen bleibt, so muss man doch von einem relativierten Ausmass ausgehen.

In Abbildung 9 betrachten wir die Gini-Koeffizienten der Markteinkommen im Jahr 2020 im Ländervergleich. Mit einem Gini-Koeffizienten von 0,41 weist die Schweiz die gleichmässigste Verteilung der Markteinkommen vor Steuern und Transfers auf. Nur Schweden hat einen ähnlich niedrigen Gini-Wert, während die übrigen Länder alle einen ähnlichen Gini-Koeffizienten von etwa 0,5 aufweisen.

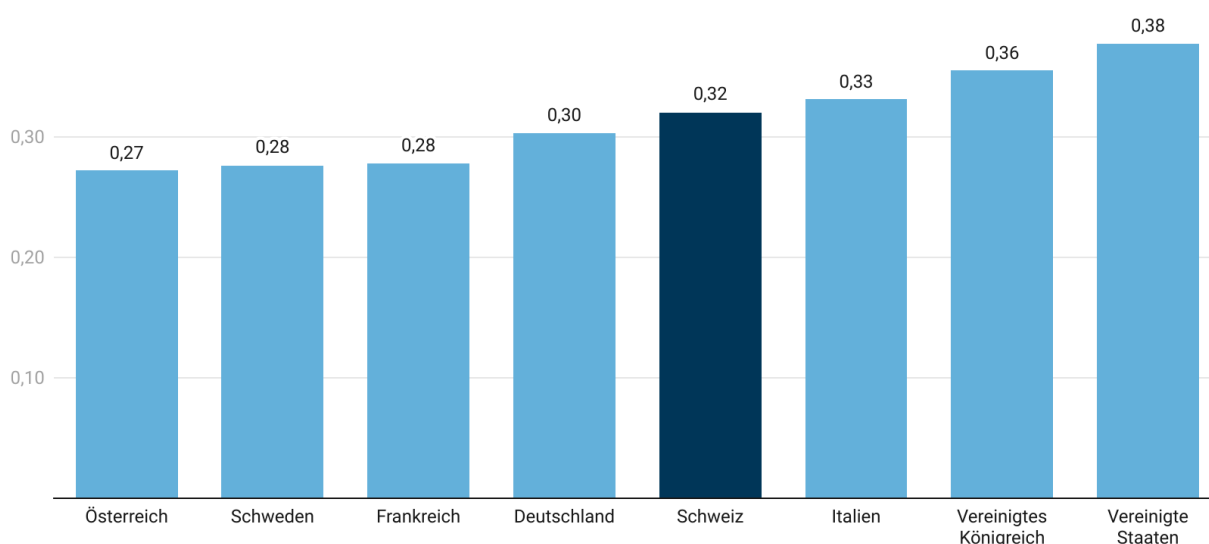
Abbildung 9: Gini-Koeffizient der Markteinkommen im Ländervergleich (2020)



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf OECD (2024a).

Die Gini-Koeffizienten der verfügbaren Einkommen (vgl. Abbildung 10) verdeutlichen durch die veränderte Rangfolge das unterschiedliche Ausmass der Umverteilung in den einzelnen Ländern. Während die Schweiz vor Steuern und Transfers den niedrigsten Gini-Koeffizienten aufweist, liegt sie nach Umverteilung im Mittelfeld. Länder wie Frankreich, Deutschland und Österreich, die bei den Markteinkommen einen deutlich höheren Gini als die Schweiz hatten, erreichen bei den verfügbaren Einkommen Werte, die unter denen der Schweiz liegen. Dies erklärt sich durch die noch stärker als in der Schweiz ausgeprägte staatliche Umverteilung in diesen Ländern.

Abbildung 10: Gini-Koeffizient der verfügbaren Einkommen im Ländervergleich (2020)



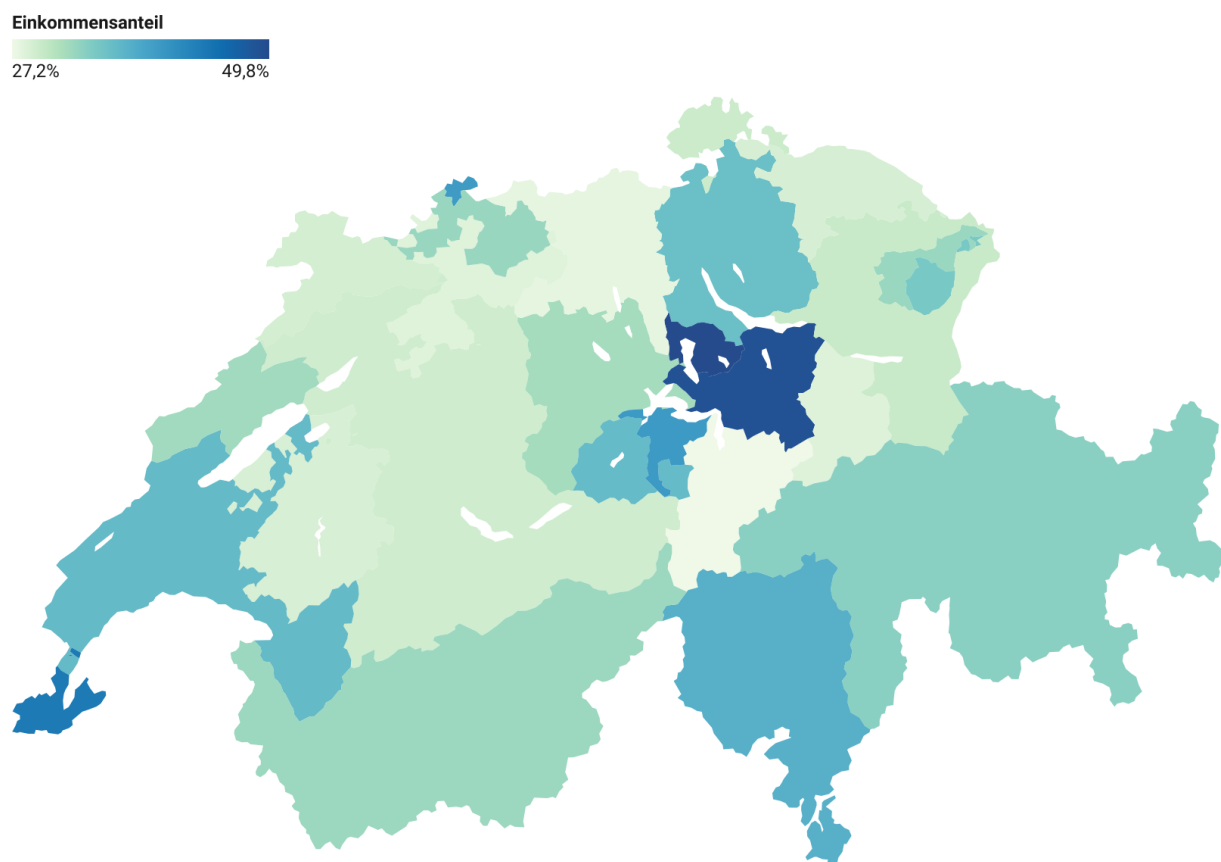
Quelle: Eigene Darstellung basierend auf OECD (2024a).

2.4 Die Schweiz – Ein Land aus 26 Kantonen

Vergleicht man die Schweiz über die Zeit und auch international, gilt es immer zu beachten, dass sie aufgrund ihrer föderalen Struktur ein sehr heterogenes Land ist. Das schlägt sich auch auf die Verteilungssituation nieder: die Einkommensungleichheit variiert beträchtlich zwischen den Kantonen.

Besonders in den Kantonen Schwyz, Zug und Genf ist das Einkommen stärker konzentriert. Wie aus Abbildung 11 hervorgeht, verdienten im Jahr 2021 die bestverdienenden 10% der Bevölkerung in diesen Kantonen vor Steuern zwischen 44,1% bis 49,8% des Gesamteinkommens, während der landesweite Durchschnitt bei 34,5% lag. Im Kanton Uri vereinten die obersten 10% hingegen lediglich 27,2% des Gesamteinkommens auf sich.

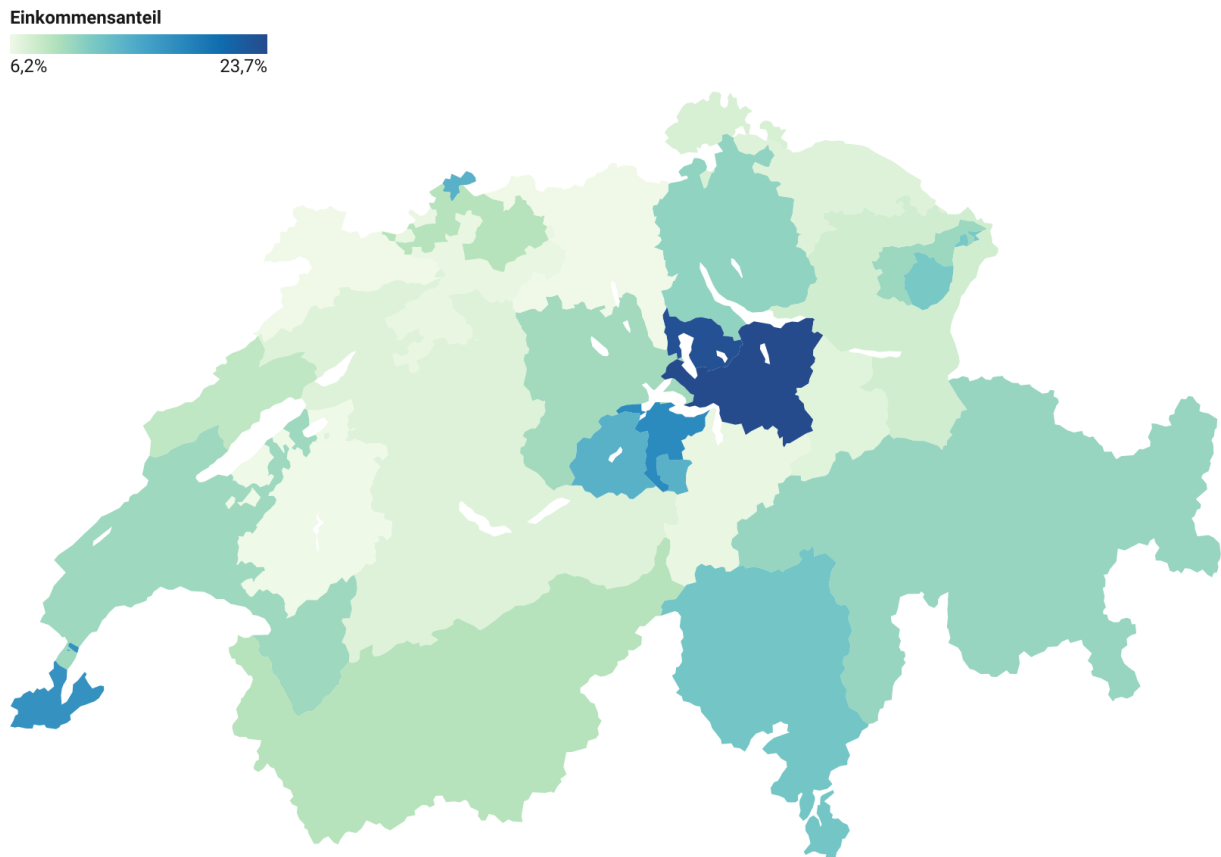
Abbildung 11: Einkommensanteil der Top-10% vor Steuern in der Schweiz (2021)



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf SID (2024).

Im Jahr 2021 vereinte das oberste 1% der Einkommensbezieher in der Schweiz durchschnittlich 11,2% des Gesamteinkommens auf sich, wie dies in Abbildung 12 ersichtlich ist. In den Kantonen Schwyz (23,7%), Zug (23,1%), Nidwalden (17,7%) und Genf (17,1%) lagen die Anteile deutlich höher. Demgegenüber wiesen die Kantone Fribourg (6,3%), Jura (6,2%) und Aargau (6,2%) die niedrigsten Anteile auf.

Abbildung 12: Einkommensanteil der Top-1% vor Steuern in der Schweiz (2021)



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf SID (2024).

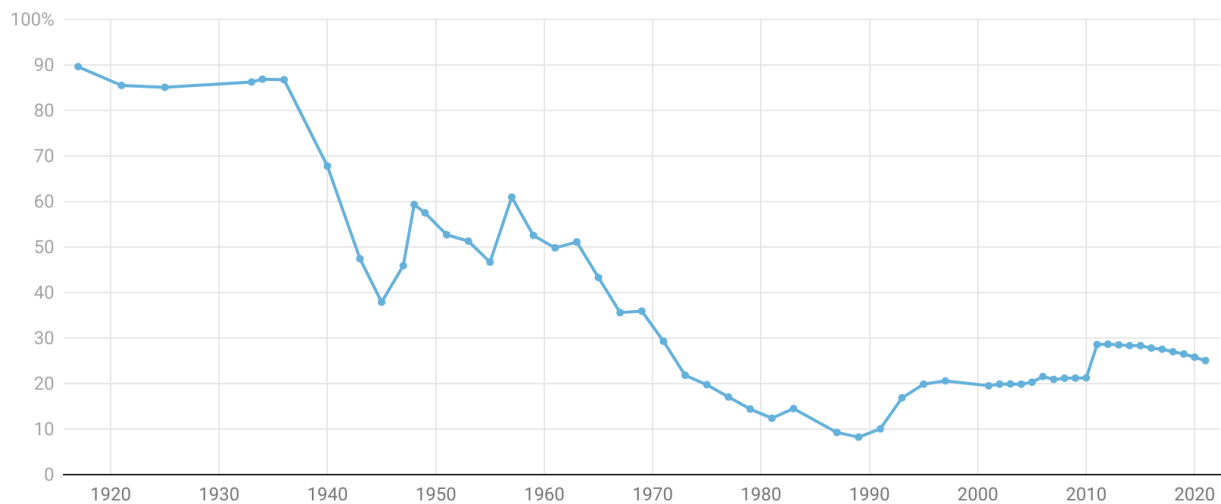
2.5 Auswirkungen auf das Steueraufkommen

In der Schweiz werden die Haushalte gemäss ihrer Leistungsfähigkeit in ihrem Einkommen besteuert. Gemäss dem Prinzip der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit sollten Personen mit grösseren finanziellen Ressourcen nicht nur einen höheren Betrag, sondern einen höheren Anteil ihres Einkommens an Steuern entrichten als Haushalte mit geringerem Einkommen (Homburg, 2015). Besonders die direkte Bundessteuer zeichnet sich durch eine starke Progression aus.

Abbildung 13 zeigt die Entwicklung des Anteils der Steuerpflichtigen ohne Steueraufkommen in der Schweiz über die letzten 100 Jahre. Im Jahr 1917 lag dieser Anteil bei 89,6%, was bedeutet, dass die direkte Bundessteuer damals von rund 10% der Steuerpflichtigen getragen wurde. In den darauffolgenden Jahrzehnten ging der Anteil jedoch drastisch zurück, insbesondere aufgrund des Wirtschaftswachstums und der kalten Progression, durch die immer mehr Menschen steuerpflichtig wurden. Bis in die 1980er-Jahre erreichte der Anteil der Steuerpflichtigen ohne Steueraufkommen einen Tiefpunkt von weniger als 10%.

Ab 1989 setzte jedoch eine Gegenbewegung ein, ausgelöst durch neue Abzugsmöglichkeiten, die dazu führten, dass wieder mehr Steuerpflichtige unter die Freigrenze fielen. Dennoch blieb der Anteil der Steuerpflichtigen ohne Steueraufkommen hoch, wobei er bis 2021 auf etwa 25% anstieg – ein Viertel der Steuerpflichtigen bezahlt somit in den aktuellen Jahren keine Bundessteuern.

Abbildung 13: Entwicklung der Steuerpflichtigen ohne Steueraufkommen (1917-2021)



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf SID (2024).

Die Progression lässt sich auch an der Steuerbelastung der Top-Einkommensbezieher aufzeigen. So trugen 2021 die höchsten 10% der Bezüger 54,5% zum gesamten Steueraufkommen in der Schweiz bei¹⁰, während das oberste 1% der Einkommen sogar 23,2% beisteuert.

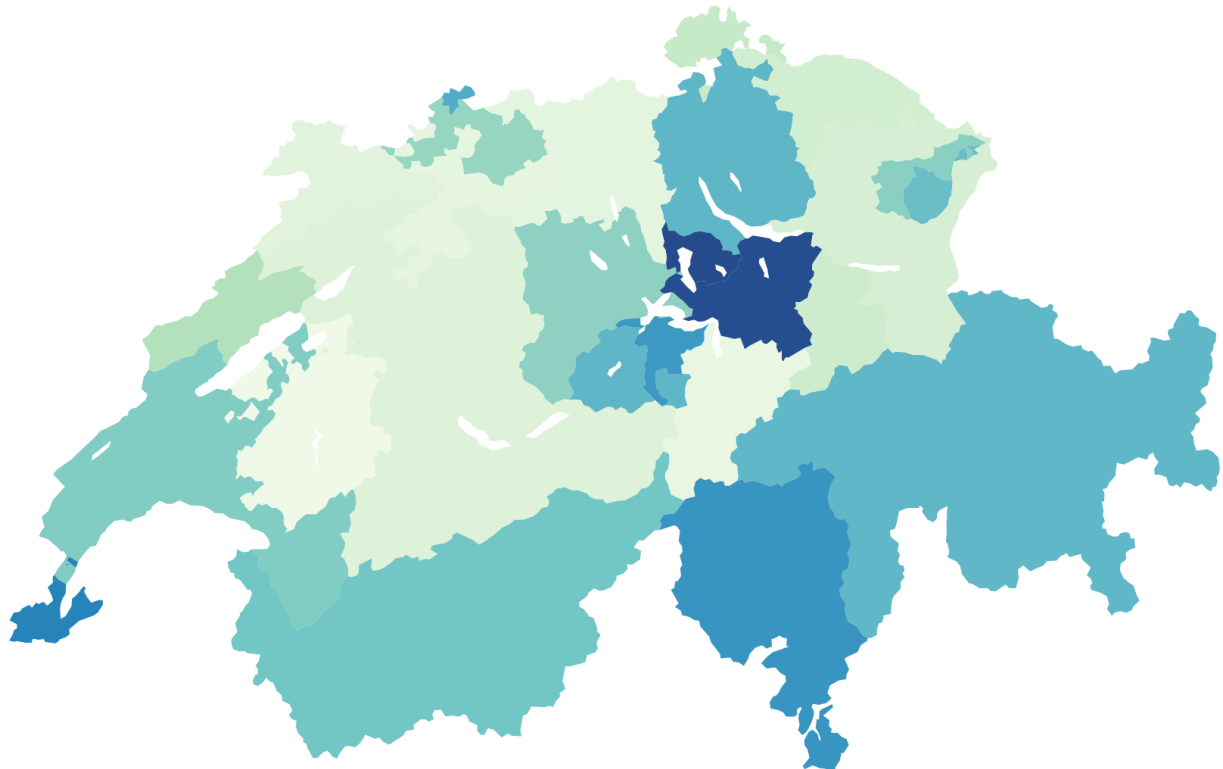
Die hohen Steueraufkommensanteile der obersten Einkommen zeigen, dass sich eine Einkommensungleichverteilung auch in einer Ungleichheit der Steuerlast niederschlägt. Für den Staat ergibt sich daraus ein gewisses Klumpenrisiko: Das Steuersubstrat wird grösstenteils von wenigen Haushalten beigesteuert.

Die Schweiz gehört zu den Ländern, in denen die subnationale Ebene eine bedeutende Steuerkompetenz ausübt. Die Kantone können eigenständig ihre Einkommensteuersätze festlegen, was zu entscheidenden Unterschieden in der Verteilung der Steueraufkommensanteile der Bürger führt, wie in Abbildung 14 ersichtlich.

¹⁰ Hierzu zählen nebst der direkten Bundessteuer auch die Kantons-, Gemeinde- und Kirchensteuern.

Abbildung 14: Steueraufkommensanteil der Top-1% in der Schweiz (2021)

Steueraufkommensanteil
13,0% 44,4%



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf SID (2024).

Die institutionelle Struktur der Schweiz ermöglicht es den Kantonen, durch eine Tiefsteuerstrategie Gutverdiener mit einer geringeren Steuerlast anzuziehen. Dies führt dazu, dass die Einkommenskonzentration der Top-1%-Verdiener in Niedrigsteuernkantonen vor Steuern deutlich höher ausfällt. Im Kanton Zug lag die Einkommenskonzentration 2021 bei 23,1%, während sie im Kanton Aargau nur 6,2% betrug. Dadurch verzeichnet ein Niedrigsteuernkanton wie Zug ein höheres Medianeinkommen¹¹ und entsprechend höhere Steuereinnahmen. Im Idealfall profitieren davon alle Einwohner, da mehr öffentliche Güter bereitgestellt werden können und Innovation sowie Unternehmertum gefördert werden.

Diese Strategie birgt jedoch auch Risiken: In Zug stammen 44,4% der Steuereinnahmen von den Top-1%-Verdienern. Eine derart hohe Abhängigkeit von einer kleinen Gruppe von Gutverdienern kann problematisch werden, da ein Wegzug derselben erhebliche Einbussen für den kantonalen Haushalt zur Folge hätte.

Insgesamt zeigt sich, dass die Kehrseite der Medaille einer hohen Einkommenskonzentration auch eine hohe Konzentration der Steuerlast ist. Wer die Finanzierung des Staats einseitig gestaltet, macht sich von dieser Einseitigkeit auch abhängig.

¹¹ 2020 belief sich das jährliche Medianeinkommen im Kanton Zug auf CHF 68'900, im Kanton Aargau CHF 59'000 und für die Gesamtschweiz auf CHF 53'900 (ESTV, 2024a).

2.6 Treiber der Einkommensungleichheit

Nach der Analyse der Einkommensungleichheit in der Schweiz und deren Vergleich mit anderen Ländern stellt sich nun die Frage, welche spezifischen Faktoren die Einkommensverteilung prägen. Besonders im Hinblick auf die nahezu 100-jährige Stabilität der Situation in der Schweiz ist diese Frage von besonderem Interesse.

2.6.1 Globale Faktoren

Wie bereits in Abschnitt 2.3 besprochen, verzeichnen mehrere Länder seit den 1980er Jahren einen Anstieg der Einkommensungleichheit. Daher befassen wir uns zunächst mit den Faktoren, die **länderübergreifend** die Einkommensungleichheit beeinflussen.

Technologischer Fortschritt

Ein häufig diskutierter Treiber der steigenden Ungleichheit in den 1980er Jahren war der sogenannte «Skill-Biased Technological Change» (SBTC). Diese Theorie besagt, dass der Anstieg der Marktungleichheit insbesondere durch zwei Kanäle gekennzeichnet ist. Einerseits können neue Technologien Tätigkeiten ersetzen, die zuvor manuell ausgeführt wurden, was vor allem Arbeitnehmer mit niedriger Qualifikation betrifft. Andererseits steigt durch den technologischen Fortschritt die Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften, die diese Technologien bedienen können. Dies bedeutet, dass vor allem hochqualifizierte Arbeitnehmer von den neuen Technologien profitieren, während weniger qualifizierte Arbeitnehmer verlieren. Beide Effekte führen zu einem Anstieg der relativen Löhne für hochqualifizierte Arbeitnehmer und somit einer erhöhten Markteinkommensungleichheit (z.B. Katz & Murphy, 1992; Levy & Murnane, 1992; Acemoglu, 2002).

Globalisierung

Spätere Untersuchungen haben gezeigt, dass neben dem Qualifikationsniveau auch die Ersetzbarkeit von Tätigkeiten eine entscheidende Rolle spielt. Besonders gefährdet sind Arbeitsplätze mit mittlerer Qualifikation, die routinierte Aufgaben umfassen. Dazu zählen Berufe im Kundendienst, in der Buchhaltung sowie in der repetitiven Produktion, die anfällig für Automatisierung oder Verlagerung ins Ausland sind. Im Gegensatz dazu sind nicht-routinierte Tätigkeiten, die Flexibilität, Kreativität oder persönliche Interaktion erfordern, wie beispielsweise Pflegeberufe und Gartenarbeit, weniger von diesen Veränderungen betroffen.

Die Globalisierung verstärkt diesen Trend, da Unternehmen ihre Tätigkeiten und Produktionsprozesse zunehmend in Länder mit niedrigeren Löhnen verlagern oder durch günstigere Importe ersetzen. Dies führt zu einer Polarisierung der Arbeitsmärkte in den Industrieländern: Gut bezahlte, hochqualifizierte Arbeitsplätze nehmen ebenso zu wie schlecht bezahlte Stellen im Dienstleistungssektor, während die Arbeitsplätze der Mittelschicht zunehmend schwinden (z.B. Goos & Manning, 2007; Acemoglu & Autor, 2011).

Geldpolitik

In Folge der Niedrigzinspolitik seit der weltweiten Finanzkrise 2008 wird der Einfluss der Geldpolitik auf die Einkommensungleichheit in der wissenschaftlichen Literatur rege diskutiert. So argumentiert Draghi (2016), dass eine Senkung des Leitzinssatzes die Ungleichheit verringert, indem mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, wodurch mehr Personen mit einem niedrigen

Qualifikationsniveau eine Stelle finden. So reduziere sich die Einkommensungleichheit durch eine Erhöhung der Arbeitseinkommen am unteren Ende der Verteilung. In den letzten Jahren rücken jedoch Forschungsarbeiten zunehmend die Bedeutung der Kapitaleinkommen hervor (Alves et al., 2020; Auclert, Rognalie & Staub, 2020; Brunnermeier & Sannikov, 2012). Da es primär die Haushalte mit einem hohen Einkommen sind, welche Vermögenswerte zur Generierung von Kapitaleinkommen besitzen, ist es umgekehrt plausibel, dass die Einkommensungleichheit bei expansiver Geldpolitik mit tiefen Zinsen zunimmt.

Die empirische Literatur zu diesem Thema ist gemischt, allerdings beruhen sie auf unterschiedlichen Daten. Studien, die auf Umfragedaten basieren, finden, dass eine lockere Geldpolitik die Einkommensungleichheit reduziert, weil die Lohneinkommen am unteren Ende der Einkommensverteilung ansteigen (Coibion et al., 2017; Lenza & Slacalek, 2018). Die Verwendung von Umfragedaten in der Verteilungsforschung hat jedoch die Beschränkung, dass sie die obersten Einkommen schlecht abbilden, was zu verzerrten Ergebnissen führen kann. Studien, die hingegen auf Administrativdaten beruhen, kommen zu einem anderen Schluss: Andersen et. al (2021) finden einen Anstieg der Einkommensungleichheit, wobei der Einkommensanteil der obersten 1% infolge einer exogenen Reduktion des Leitzinssatzes in Dänemark durchschnittlich um 3% steigt. Amberg et al. (2021) finden gleichzeitig einen Anstieg der unteren Einkommen und der obersten Einkommen infolge expansiver Geldpolitik. Wie sich die Niedrigzinspolitik auf die gesamte Einkommensverteilung auswirkt, hängt davon ab, ob die Arbeitseinkommen am unteren Ende oder die Kapitaleinkommen am oberen Ende der Einkommensverteilung stärker ansteigen. Ausserdem räumen einige Autoren ein, dass andere Treiber, wie der technologische Fortschritt und die Globalisierung, gewichtiger sind als die Folgen der expansiven Geldpolitik (Bernanke, 2015).

2.6.2 Gründe für den Sonderfall Schweiz

Bei den bereits genannten Faktoren handelt es sich um Einflussfaktoren, die alle Industrieländer in ähnlichem Masse betreffen. Wie in Abschnitt 2.3 gezeigt wurde, gibt es jedoch Unterschiede in der Entwicklung der Einkommensverteilung der einzelnen Länder. Besonders auffällig ist die Schweiz als Sonderfall. Studien zeigen, dass Wirtschaftsfreiheit und Handelsoffenheit, die charakteristisch für Globalisierung sind, nicht zwangsläufig die Einkommensungleichheit erhöhen (De Haan & Sturm, 2015; Dorn, Fuest & Potrafke 2022). Die diesjährigen Nobelpreisträger der Ökonomie, Daron Acemoglu und James A. Robinson, haben als Reaktion auf Piketty (2013) argumentiert, dass die Ungleichheitsdynamiken in einem Land nicht von generellen ökonomischen Gesetzen abhängen, sondern dass die wirtschaftlichen und politischen Institutionen eines Landes entscheidend dafür sind (Acemoglu & Robinson, 2015). Die institutionellen Gegebenheiten der Schweiz, wie das föderale Steuersystem, die direkte Demokratie, der flexible Arbeitsmarkt und das duale Bildungssystem, tragen zu einer stabilen Einkommensverteilung bei.

Arbeitsmarkt

Das gesamte Einkommen aller privaten Haushalte in der Schweiz besteht zu 65% aus Erwerbseinkommen (BFS, 2024f). Die Ausgestaltung der institutionellen **Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes** beeinflusst daher einen bedeutenden Anteil der Einkommen und deren Verteilung. Empirische Studien belegen, dass die Arbeitsmarktgestaltung einen direkten Einfluss auf die Einkommensungleichheit hat (z. B. Jaumotte & Osorio Buitron, 2015; Hope & Martinelli, 2019). Dabei liegt der Schlüssel zum Erfolg in der Kombination aus Aspekten der

Sicherheit und der Flexibilität. Zum einen wird deutlich, dass stärkere Arbeitsmarktinstitutionen mit einer geringeren Einkommensungleichheit korrelieren (Checchi & García-Peñalosa, 2008). Zu den wichtigsten Faktoren zählen die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften und der Umfang des Sozialversicherungsschutzes, wie etwa die Dauer des Mutterschaftsurlaubs. Diese Aspekte wirken sich positiv auf die Verringerung der Ungleichheit aus (Calderon & Chong, 2009).

Die Schweiz zeichnet sich durch eine produktive Sozialpartnerschaft aus. So waren 2021 2'157'900 Arbeitnehmer einem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) unterstellt (BFS, 2023), was 42% der erwerbstätigen Personen im selben Jahr entspricht. Die GAV sorgen dafür, dass das Lohnniveau nicht absinkt, was zur Stabilisierung der Einkommensverteilung beiträgt. So gibt es beispielsweise Evidenz, dass in den Jahren, in denen sich die Sozialpartner im Coiffeurergewerbe nicht auf einen GAV einigen konnten, ein Anstieg von Tieflöhnen zu beobachten war (Roth et al., 2024). Die sozialpolitischen Rahmenbedingungen am Arbeitsmarktes schützen zudem vor Krisen. Durch Instrumente wie die Kurzarbeit, die Arbeitslosenversicherung und die Sozialhilfe werden die unteren Einkommen während Krisen gestützt (Kuhn & Suter, 2015). Dadurch hat sich die Schweizer Einkommensverteilung seit 1917 als weitgehendst **krisenresistent** erwiesen, wie zuletzt während der Covid-19-Pandemie.

Zum anderen muss der Arbeitsmarkt trotz Sicherheitsmerkmalen andererseits aber auch genügend flexibel ausgestaltet sein. Zu starre Eingriffe können einen Anstieg der Arbeitslosigkeit zur Folge haben (Siebert, 1997; Belloni & Alexander, 2023). Dies führt zu einer Insider-Outsider-Problematik, bei der durch Lohn- und Kündigungsschutz die Einkommensungleichheit innerhalb der geschützten Stellen reduziert wird. Dies geschieht jedoch auf Kosten der Personen, die aufgrund der tieferen Stellenfluktuation keine Arbeit finden, was die Ungleichheit zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen erhöht und somit auch die Einkommensverteilung negativ beeinflusst. Der Schweizer Arbeitsmarkt gilt als relativ flexibel (BSV, 2007) und weist eine hohe Erwerbsbeteiligung auf. So waren 2023 81% aller Personen im erwerbstätigen Alter erwerbstätig, während der OECD-Durchschnitt bei nur 70% lag (OECD, 2024b). Ausserdem sind die Arbeitslosenzahlen im internationalen Vergleich bereits seit Beginn des 20. Jahrhunderts vergleichsweise niedrig (Degen, 2013).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der flexible Arbeitsmarkt zusammen mit den sozialen Rahmenbedingungen die stabile Einkommensverteilung in der Schweiz begünstigt. Das hiesige «Flexicurity»-Modell – das Aspekte der Flexibilität mit Aspekten der Sicherheit verbindet – bewährt.

Bildungssystem

Analysen zeigen, dass Länder mit einem umfangreichen **dualen Bildungssystem** tendenziell eine geringere Einkommensungleichheit aufweisen (Sackmann, 2010). Lernende absolvieren ihre Ausbildung in einem Betrieb und erhalten parallel dazu theoretischen Unterricht in einer Berufsschule. Dadurch erwerben sie sowohl praktische Berufserfahrung als auch theoretisches Wissen, was ihnen einen direkten Einstieg in den Arbeitsmarkt ermöglicht (EDK, 2024).

Das duale Bildungssystem könnte auch den negativen Effekt des technologischen Fortschrittes auf die Lohnverteilung verringert haben. So argumentiert Acemoglu (2002), dass der technologische Fortschritt seit den 1980er Jahren zu einem Anstieg der Ungleichheit in den Vereinigten Staaten geführt hat, weil dieser «skill-biased» war. Dies bedeutet, dass die Innovationen, insbesondere in der Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT), komplementär

zu den Fähigkeiten gut ausgebildeter Personen waren, wodurch sich deren Produktivität stärker verbesserte als jene der Personen mit geringerem Ausbildungsniveau. Dadurch stiegen die Lohnunterschiede zwischen den beiden Gruppen von Angestellten. Das duale Bildungssystem in der Schweiz führt jedoch zu einer guten Berufsausbildung für eine breite Schicht von Arbeitnehmern, wodurch die beruflichen Qualifikationen gleichmässiger verteilt sind als in den USA. Dies könnte den Effekt des technologischen Wandels auf die Einkommensungleichheit abgefedert haben.

Die Schweizer Berufslehre bereitet die jungen Menschen praxisnah auf den Arbeitsmarkt vor. Eine neuere Studie zeigt, dass Schweizer Lehrabgänger keine Lohneinbussen aufgrund eines «horizontalen Mismatch» erleiden. Dies beschreibt den Umstand, dass die erlernten Fähigkeiten nicht jenen entsprechen, die am Arbeitsmarkt nachgefragt werden. Einerseits liegt dies daran, dass die erworbenen Kompetenzen in der Berufslehre direkt im Arbeitsmarkt Anklang finden. Andererseits sorgt ein breites Weiterbildungsnetz dafür, dass die eigenen Fähigkeiten kontinuierlich angepasst werden können (Schweri et al. 2020).

Das duale Bildungssystem ermöglicht es, auch ohne Hochschulabschluss ein hohes Einkommen zu erzielen. Kombinierte Bildungswege schneiden in Bezug auf die Bildungsrendite sogar besser ab als rein akademische (Backes-Gellner & Tuor, 2010; Pfister et al., 2017; SKBF, 2014).

Chuard und Grassi (2020) zeigen, dass die Schweiz trotz vergleichsweise niedrigerer intergenerationeller Bildungsmobilität im tertiären Bildungsbereich eine hohe Einkommensmobilität aufweist. Dies deutet darauf hin, dass der gewählte Bildungsweg nicht deterministisch das spätere Einkommen bestimmt und mit viel Einsatz, aber ohne Hochschulabschluss ein gutes Einkommen erzielt werden kann.

Ein durchlässiges und für alle Bevölkerungsschichten zugängliches duales Bildungssystem ist somit ein wichtiger Faktor zur Verringerung der Einkommensungleichheit, da es die Korrelation zwischen dem Einkommen der Eltern und dem ihrer Kinder weiter relativiert.

Föderales Steuersystem und direkte Demokratie

Für die Stabilität nach der Umverteilung ist in der Schweiz das **kantonale Steuersystem** von entscheidender Bedeutung. Eine Studie von Frey, Gorgas und Schaltegger (2017) untersuchte empirisch den Zusammenhang zwischen kantonalem Steuerwettbewerb und Einkommenskonzentration. Ihre Untersuchung zeigt, dass ein niedrigerer Steuersatz in einem Kanton mit einem höheren Anteil an Topverdienern korreliert, insbesondere wenn dieser Steuersatz niedriger ist als in den umliegenden Kantonen. Ein auffälliges Beispiel ist der Kanton Zug, in dem der Anteil der Topverdiener deutlich gestiegen ist, nachdem der Steuersatz niedriger angesetzt wurde als in den Nachbarkantonen. Dies verdeutlicht die Auswirkungen eines ausgeprägten interkantonalen Steuerwettbewerbs.

Feld et al. (2021) zeigen, dass das dezentrale Steuersystem die Einkommensungleichheit in der Schweiz reduziert, vorausgesetzt, dass die Gebietseinheiten nicht zu klein sind. Wahrscheinlich ist auch, dass der Föderalismus auch die negativen Effekte der Globalisierung abgeschwächt hat. So zeigen Pleninger und Sturm (2019), dass eine höhere ethnische Fraktionalisierung zu einer ungleicheren Verteilung der Wohlfahrtsgewinne durch die Globalisierung führt. Die Schweiz mit ihren sprachlichen Minderheiten wäre dafür prädestiniert. Der Föderalismus und der damit verbundene institutionalisierte Minderheitenschutz durch den

Finanzausgleich oder das Ständemehr dürften dazu beigetragen haben, dass die Schweiz auch in dieser Hinsicht ein Sonderfall ist.

Trotz dieser Dynamiken existieren im föderalen Steuersystem Mechanismen, die einem schädlichen Wettbewerb um die niedrigsten Steuersätze entgegenwirken. Die starke Progressivität der Bundessteuer führt zu einer starken Umverteilung zwischen den Einkommen (Frey & Schaltegger, 2016), während der interkantonale Finanzausgleich die unterschiedlichen finanziellen Kapazitäten der Kantone ausgleicht (Leisibach & Schaltegger, 2019).

Das direktdemokratische Instrument der Volksabstimmung trägt ebenfalls zur Reduzierung der Einkommensungleichheit vor Steuern bei. In der direkten Demokratie können die Bürger mehr Einfluss auf politischen Entscheidungen ausüben – vor allem indirekt: So zügelt die Aussicht auf eine Initiative das Verhalten der Politiker (Frey & Schaltegger, 2021), die ansonsten stärker im Interesse der hohen Einkommen agieren würden (Stadelmann et al., 2015).

Persönliche Entscheidungen der Haushalte

Die Präferenzen der Haushalte haben einen signifikanten Einfluss auf die Einkommensungleichheit, sowohl durch politische Entscheidungen als auch durch individuelle Lebensentscheidungen. In Demokratien bestimmt die Mehrheit der Wähler die Gestaltung von Institutionen, die die Einkommensverteilung beeinflussen. Doch ein erheblicher Teil der Einkommensungleichheit geht direkt auf die individuellen Vorlieben und Einstellungen der Haushalte zurück (Berthold & Gründler, 2018).

Die Entscheidung, ob und wie viel Arbeit geleistet wird, spielt eine zentrale Rolle, insbesondere wenn sie sich zwischen den Einkommensgruppen unterscheidet. Seit 1997 ist ein Anstieg der Arbeitsstunden in Paarhaushalten zu beobachten, der unabhängig vom Ausbildungsniveau des Haushalts ist. Das Ausbildungsniveau korreliert in den meisten Fällen mit dem Haushaltseinkommen. Allerdings stiegen die Arbeitsstunden in Paarhaushalten mit Primärabschluss am stärksten – von durchschnittlich 50,5 Stunden im Jahr 1997 auf 57 Stunden im Jahr 2020. Bei Haushalten mit einem Ausbildungsniveau auf Sekundarstufe stiegen die durchschnittlichen Arbeitsstunden von 54,5 auf 58,2 und bei Tertiär-Ausgebildeten von 59,5 auf 62,8 (Mergele et al., 2024). Aus dieser Entwicklung ist folglich kein Anstieg der Einkommensungleichheit zu erwarten.

Bei allen drei Gruppen zeigt sich ein Rückgang der Arbeitsstunden der Männer, der durch den Anstieg der Arbeitsstunden der Frauen kompensiert wurde. Diese Entwicklung war besonders stark bei Haushalten mit niedrigerem Ausbildungsniveau und nimmt mit steigendem Ausbildungsniveau ab (ebd.). Dies führt zu einem geringeren Arbeitsvolumen von Frauen mit einem gutverdienenden Partner. Dadurch wird die Ungleichheit in den Haushaltseinkommen reduziert (Kuhn und Suter, 2015). Welche Verteilungswirkungen die Partnerwahl hat, wird in Kapitel 5 ausführlich behandelt.

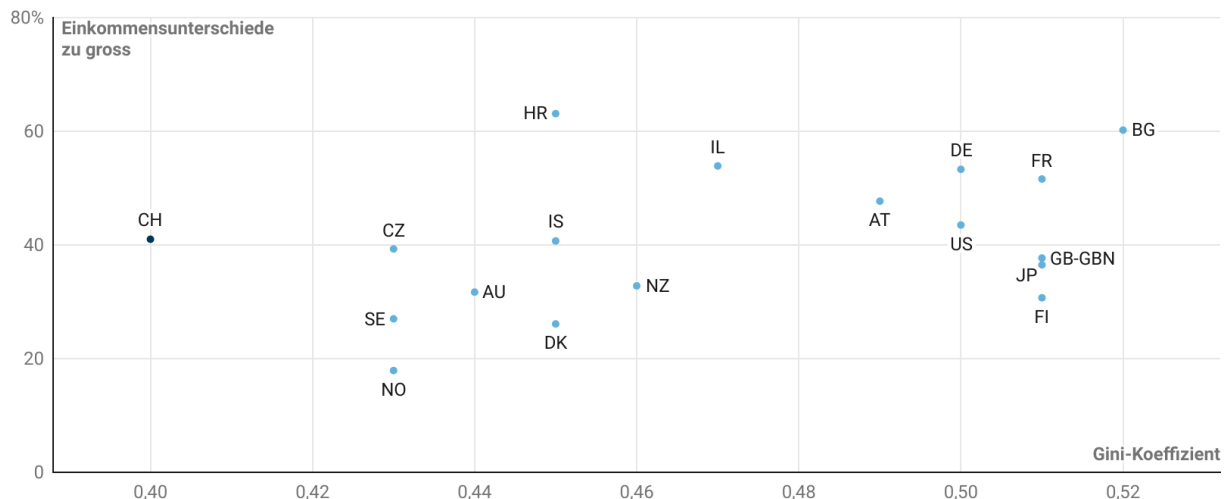
3 Wahrgenommene Ungleichheit

3.1 Gemessene versus wahrgenommene Ungleichheit

Untersuchungen zeigen, dass die wahrgenommene Ungleichheit oft nur schwach mit der objektiv gemessenen Ungleichheit in einem Land korreliert ist (Niehues, 2016). So gleicht denn auch Abbildung 15 einer regelrechten Datenwolke. Auf der x-Achse ist die anhand des Gini-Koeffizienten gemessene Ungleichheit in den einzelnen Ländern abgebildet, während die y-Achse die durchschnittliche Zustimmung zur Aussage «Einkommensunterschiede sind zu gross» zeigt – ein Mass für die wahrgenommene Ungleichheit in einem Land (Niehues, 2016).

So ist beispielsweise die tatsächliche Ungleichheit in den USA und Deutschland in etwa gleich hoch. Allerdings wird die Ungleichheit in Deutschland deutlich negativer wahrgenommen als in den USA.

Abbildung 15: Wahrgenommene und tatsächliche Ungleichheit im Ländervergleich (2019)



Quellen: Eigene Darstellung basierend auf OECD (2024a) und ISSP (2024).

3.2 Ausmass wahrgenommene Ungleichheit in der Schweiz

Kapitel 2 hat verdeutlicht, dass sich die Einkommensverteilung in der Schweiz durch eine bemerkenswerte Stabilität auszeichnet und die Primäreinkommen vor Umverteilung im internationalen Vergleich relativ gleichverteilt sind. Interessant ist nun die Frage, inwiefern sich diese Stabilität auch in der wahrgenommenen Ungleichheit widerspiegelt. Hier lohnt sich ein genauer Blick hinter die Kulissen, da es in den letzten Jahren zu merklichen Veränderungen gekommen ist.

Die Messung der wahrgenommenen Ungleichheit ist eine Herausforderung. Eine Umfrage zu konkreten statistischen Massen (z.B. dem Gini-Koeffizienten oder der Topeinkommenskonzentration) ist nicht zielführend, da die meisten Menschen in einer Gesellschaft keine Vorstellung von diesen Massen haben. Das International Social Survey Programme (ISSP), eine jährlich durchgeführte, länderübergreifende Umfrage zu verschiedenen sozialwissenschaftlichen

Themen, erfasst alle zehn Jahre die subjektive Einschätzung der Einkommensverteilung in verschiedenen Ländern (ISSP, 2024). Dabei werden den Befragten unter anderem fünf Bilder präsentiert, die die Verteilung der Einkommen in einer Gesellschaft symbolisieren. Die fünf Gesellschaftstypen sind in Abbildung 16 dargestellt.

Bild A zeigt eine Gesellschaft, in der eine grosse Bevölkerungsgruppe zu den niedrigsten Einkommensklassen gehört, mit einer kleinen Gruppe, die etwas höhere Einkommen hat. Es gibt nur wenige Personen in den mittleren Einkommensgruppen, während eine kleine Einkommenselite existiert.

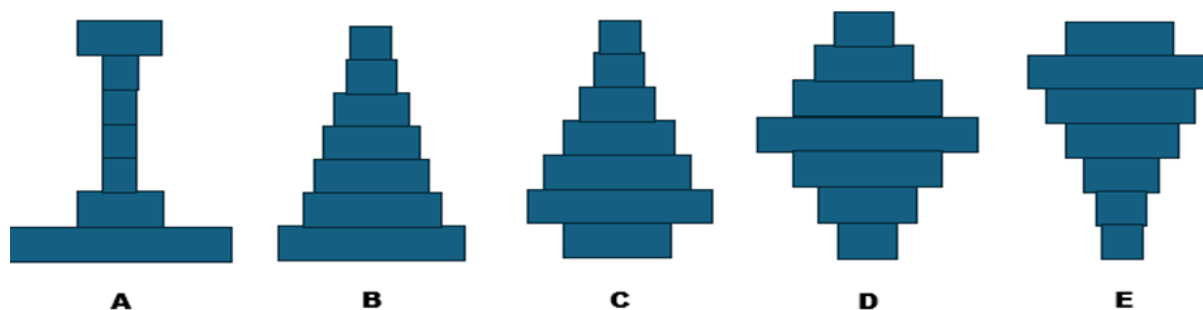
Bild B symbolisiert eine klassische Pyramidengesellschaft. Die grösste Bevölkerungsgruppe hat die niedrigsten Einkommen, und die Gruppengrösse nimmt mit steigendem Einkommen kontinuierlich ab, bis zur Spitze mit den höchsten Einkommen in einer kleinen Einkommenselite.

Die Gesellschaft in Bild C ähnelt einem Tannenbaum. Analog zu Bild B werden die Einkommensklassen mit steigendem Einkommen kleiner. Der Unterschied zu Bild B besteht jedoch darin, dass die zweitunterste Einkommensgruppe grösser ist als die Gruppe der niedrigsten Einkommen.

Bild D repräsentiert eine klassische Mittelstandsgesellschaft, in der die mittleren Einkommen die grösste Bevölkerungsgruppe ausmachen.

Bild E skizziert eine Gesellschaft, in der sich nur wenige Personen in den unteren Einkommenschichten befinden, während die Mehrheit der Personen zur oberen Mittelschicht gehört.

Abbildung 16: Gesellschaftstypen gemäss ISSP



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf ISSP (2024).

Tabelle 1 zeigt, dass die Schweizer Gesellschaft noch immer als Mittelschichtmodell (Bild D) wahrgenommen wird. Im Vergleich zu 2009 ist jedoch die Selbstwahrnehmung als Mittelstandsgesellschaft zurückgegangen. Der Anteil der Befragten, die 2009 das Bild D ausgewählt hatten, war mit fast 40% um mehr als 5 Prozentpunkte höher als zehn Jahr später.

Tabelle 1: Schweizer Wahrnehmung Gesellschaftstypen 2009 und 2019

	A	B	C	D	E
2019	5,1%	24,0%	31,3%	34,5%	5,1%
2009	6,7%	24,8%	25,0%	39,8%	3,7%

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf ISSP (2024).

Was auf den ersten Blick wie eine kleine Verschiebung aussieht, ist im internationalen Vergleich eine bemerkenswerte Veränderung. Üblicherweise bleibt die wahrgenommene Ungleichheit über die Zeit äusserst stabil. Darauf gehen wir im nächsten Abschnitt (3.3) im Zuge des internationalen Vergleichs genauer ein.

Die neuesten verfügbaren Daten zeigen somit: Noch immer wird die Schweizer Gesellschaft als Mittelstandsgesellschaft wahrgenommen. Mittlerweise liegt die Wahrnehmung der Mittelstandsgesellschaft jedoch nahezu gleichauf mit dem Tannenbaum-Modell, das oben schmaler und unten breiter ist als die Mittelstandsgesellschaft. Zudem zeigt Tabelle 2, dass der Anteil der Personen, die der Aussage, «Die Einkommensunterschiede in der Schweiz sind zu gross» voll und ganz zustimmen, im Laufe der Zeit deutlich zugenommen hat.

Diese Wahrnehmungen spiegeln eine zunehmende Empfindung von Ungleichheit wider, obwohl die Messungen der tatsächlichen Einkommensverteilung in der Schweiz stabil geblieben sind (Häner, 2024).

Tabelle 2: Zustimmung zur Aussage «Die Einkommensunterschiede in der Schweiz sind zu gross»

	Anteil "Stimmt voll und ganz zu"	Anteil "Stimmt zu"	Anteil "Stimmt überhaupt nicht zu"
2019	41,0%	42,8%	1,0%
2009	38,9%	48,5%	0,5%
1987	19,1%	48,4%	1,4%

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf ISSP (2024).

3.3 Wahrgenommene Ungleichheit im internationalen Vergleich

Während Abbildung 15 bereits gezeigt hat, dass es keinen klaren Zusammenhang zwischen der gemessenen und der wahrgenommenen Ungleichheit in einem Land gibt, ist zusätzlich ein Ländervergleich in der wahrgenommenen Ungleichheit lohnenswert.

Tabelle 3: Wahrgenommene Ungleichheit im internationalen Vergleich

	A	B	C	D	E
Schweiz					
2019	5,1%	24,0%	31,3%	34,5%	5,1%
2009	6,7%	24,8%	25,0%	39,8%	3,7%
Deutschland					
2019	14,7%	30,8%	31,0%	21,2%	2,3%
2009	18,8%	35,4%	23,0%	18,6%	4,2%
Frankreich					
2019	16,3%	51,2%	16,8%	14,1%	1,6%
2009	16,0%	52,3%	15,9%	11,8%	0,0%
Kroatien					
2019	55,2%	28,1%	11,6%	3,2%	1,9%
2009	57,0%	28,7%	6,4%	5,5%	0,2%
Norwegen					
2019	2,8%	9,7%	24,8%	54,2%	8,6%
2009	0,2%	10,7%	21,9%	57,8%	6,1%
Vereinigte Staaten					
2019	25,1%	39,1%	15,4%	17,7%	2,8%
2009	16,5%	37,6%	14,5%	25,1%	2,8%

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf ISSP (2024).

Ein Ländervergleich der Ergebnisse von 2019 mit Deutschland, Frankreich, Kroatien, Norwegen und den USA offenbart, dass sich die Selbstwahrnehmung der Schweizer Bevölkerung jener unserer Nachbarländer annähert. Die Distanz zu der Selbstwahrnehmung als Mittelstandsgesellschaft, wie sie auch in den skandinavischen Ländern vorherrscht, nimmt ab. In den meisten Ländern hat sich bei der Wahl des passendsten Bildes kaum etwas getan. So sehen sich die Norweger weiterhin hauptsächlich als Mittelstandsgesellschaft, während in den USA die Wahrnehmung als Pyramidengesellschaft vorherrschend ist. Einzig in Deutschland veränderte sich die Wahrnehmung von der Pyramide hin zur Tannenbaumgesellschaft, während sich die Wahrnehmung in der Schweiz einer Situation annähert, in der viele vergleichsweise wenig und wenige vergleichsweise viel verdienen.

3.4 Auswirkungen auf die Umverteilungspräferenzen

Gemäss der theoretischen Literatur ist zu erwarten, dass in Demokratien, in denen die Markteinkommen ungleicher verteilt sind, auch mehr umverteilt wird. Dies deshalb, weil in einer ungleicheren Gesellschaft mehr Menschen ein tiefes Einkommen aufweisen und folglich durch

Umverteilungsmassnahmen stärker profitieren können als in einem Land mit stärker gleich verteilten Einkommen (Meltzer & Richard, 1981).

Empirische Arbeiten ergeben jedoch, dass die statistischen Kennzahlen zur Einkommensungleichheit nur geringfügig mit dem Umverteilungsniveau zusammenhängen – wohl aber mit der wahrgenommenen Ungleichheit (Kuhn, 2019; Niehues, 2014).

Studien von Cruces et al. (2013), Karadja et al. (2017) und Hvidberg et al. (2023) zeigen, dass viele Menschen eine verzerrte Vorstellung von der tatsächlichen Einkommensverteilung und ihrer eigenen Position darin haben. Wenn Individuen über ihren tatsächlichen Rang in der Einkommensverteilung informiert werden und dadurch erfahren, dass sie reicher sind als bisher angenommen, befürworten sie auch Umverteilungsmassnahmen weniger stark. Umgekehrt neigen Personen, die ihre relative Position überschätzt haben und sich für wohlhabender hielten, als sie tatsächlich sind, zu höheren Umverteilungsforderungen. Dieser Befund stimmt mit dem Medianwählertheorem überein, das einen positiven Zusammenhang zwischen der Höhe der Einkommensungleichheit und der staatlichen Umverteilung vorhersagt. Gemäss diesem Theorem befürwortet der Medianwähler, der im Mehrheitswahlrecht entscheidend ist, bei einem unterdurchschnittlichen Einkommen tendenziell mehr Umverteilung, da er selbst Vorteile daraus zieht (Meltzer & Richard, 1981).

Im Abschnitt 3.1 wurden bereits die Veränderung in der subjektiven Ungleichheitsempfindung in der Schweiz dargestellt. Dort zeigte sich, dass die wahrgenommene Ungleichheit in den letzten 30 Jahren deutlich zugenommen hat (vgl. Tabelle 2). Wie aus Tabelle 4 hervorgeht, haben sich entsprechend auch die Umverteilungspräferenzen verändert. Dies wird aus den Reaktionen zur Aussage «Es liegt in der Verantwortung der Regierung, die Einkommensunterschiede zwischen Menschen mit hohem und niedrigem Einkommen zu verringern» ersichtlich. Im Jahr 1987 stimmte nur etwa ein Achtel der Befragten dieser Aussage deutlich zu, während es 2019 fast ein Viertel sind. Dies entspricht einem Anstieg von fast 50% allein zwischen den letzten beiden Befragungswellen. Damit ergibt sich auch in der Schweiz ein klarer Zusammenhang zwischen wahrgenommener Ungleichheit und Umverteilungspräferenzen. Dieser wurde in der wissenschaftlichen Literatur bisher kaum thematisiert und erstaunlicherweise auch in der öffentlichen Diskussion wenig beleuchtet.

Tabelle 4: Haltung gegenüber der Aussage «Es liegt in der Verantwortung der Regierung, die Einkommensunterschiede zwischen Menschen mit hohem und niedrigem Einkommen zu verringern.»

	Anteil "Stimmt voll und ganz zu"	Anteil "Stimmt zu"	Anteil "Stimmt überhaupt nicht zu"
2019	22,8%	38,6%	5,8%
2009	15,9%	47,0%	4,9%
1987	12,0%	30,7%	11,1%

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf ISSP (2024).

4 Verteilung der Vermögen

Nachdem wir uns bisher eingehend mit der Einkommensungleichheit befasst haben, richtet sich der Fokus nun auf die Verteilung von Vermögen. Im *Global Wealth Report* (z.B. UBS, 2023) belegt die Schweiz regelmässig den Spitzenplatz bei der Kennzahl «Vermögen pro erwachsene Person», was verdeutlicht, dass die Schweiz zu den reichsten Nationen weltweit gehört. Dies wirft die Frage auf, wie dieser Reichtum innerhalb der Gesellschaft verteilt ist.

Analog zu Kapitel 2, das sich mit der Einkommensverteilung befasst, wird auch hier zunächst geklärt, was unter Vermögen zu verstehen ist (4.1). Kapitel 4.2 beleuchtet die Vermögensungleichheit anhand verschiedener Verteilungsmasse, während in Kapitel 4.3 eine internationale Einordnung der Erkenntnisse für die Schweiz erfolgt. Kapitel 4.4 zeigt die interkantonale Heterogenität der Vermögensungleichheit auf. Schliesslich wird in Kapitel 4.5 eruiert, durch welche Faktoren die Vermögensungleichheit getrieben ist.

4.1 Was versteht man unter Vermögen?

In der Literatur existieren zahlreiche Definitionen von Vermögen, die je nach Perspektive und Ziel variieren. Ein zentraler Unterschied besteht darin, ob das Vermögen einer gesamten Volkswirtschaft oder dasjenige privater Haushalte betrachtet wird (vgl. BFS, 2014). Betrachtet man das Vermögen einer gesamten Volkswirtschaft, umfasst es laut Stiglitz et al. (2008) nicht nur physisches Kapital, sondern auch Ressourcen wie Rohstoffe, Humankapital, Sozialkapital und Naturkapital. Diese weiter gefassten Kapitalformen tragen zum Wohlstand einer Volkswirtschaft bei, sind jedoch empirisch teilweise schwer zu erfassen. Unser Untersuchungsfokus liegt deshalb auf dem Vermögen privater Haushalte. Daher werden diese zusätzlichen Kapitalformen von der weiteren Analyse ausgeklammert, und wir konzentrieren uns auf das physische Kapital der Haushalte.

Das **gesamte private Haushaltsvermögen** umfasst das Finanzvermögen (liquide Mittel, Einlagen, Schuldscheine, Aktien wie auch Ansprüche gegenüber Pensionskassen und Versicherungen) und das Immobilienvermögen (BFS, 2024g).

In der Regel wird das Vermögen als **Reinvermögen** betrachtet, also als das gesamte private Haushaltsvermögen abzüglich der Verbindlichkeiten (BFS, 2014). In der Schweiz sind Hypothekarschulden auf Immobilien eine zentrale Verbindlichkeit. Ein hoher Anteil an Hypothekarschulden kann das Reinvermögen stark verringern, selbst wenn der Marktwert der Immobilien hoch ist.

Es ist wichtig zu beachten, dass die Datenlage zu den Vermögen in der Schweiz nur einen begrenzten Einblick in die tatsächliche Vermögensverteilung bietet. Sie ist vergleichsweise lückenhaft. Die Steuerdaten, auf deren Grundlage die Vermögensungleichheit berechnet wird, erfassen lediglich rund die Hälfte aller Vermögenswerte der privaten Haushalte. Im Jahr 2021 wurde von den insgesamt 4'496 Milliarden Franken des Reineinkommens der privaten Haushalte nur 2'445 Milliarden Franken in der Steuerstatistik erfasst (BFS, 2024h; SNB, 2024).

Ein Grund dafür ist, dass Immobilienvermögen in den Steuerdaten tendenziell unter ihrem Marktwert bewertet werden (Kuhn, 2020). Noch entscheidender ist, dass das **Pensionskassenvermögen** von Herrn und Frau Schweizer erst bei Auszahlung steuerbar ist und daher in der Steuerstatistik anders erfasst wird als andere Vermögensbestandteile. Diese

Altersvorsorgevermögen tragen insbesondere am unteren Ende der Vermögensverteilung erheblich zum Gesamtvermögen bei. Die Berücksichtigung des Vorsorgevermögens führt dazu, dass sich das durchschnittliche Vermögen in der Schweiz verdoppelt. Rentenansprüche aus der ersten Säule machen im Durchschnitt etwa 28% des Vermögens aus, während der Anteil der Ansprüche in der beruflichen Vorsorge 23% beträgt (ebd.). Die Datenlage führt deshalb dazu, dass die Vermögensungleichheit in den offiziellen Statistiken überschätzt wird.

4.2 Einsicht in die wichtigsten Verteilungsmasse

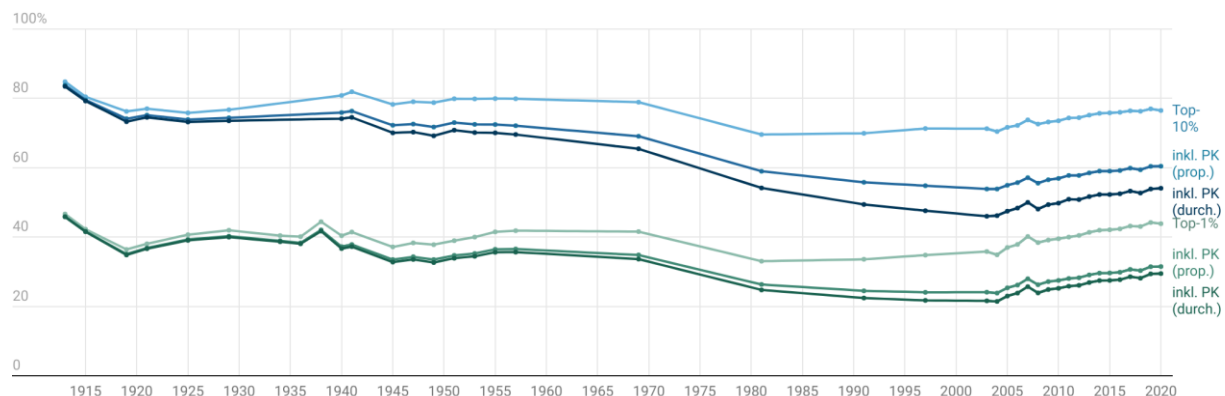
4.2.1 Die Spitze: Entwicklung der Topvermögenskonzentration

Analog zur Einkommensverteilung beginnen wir die Analyse am oberen Ende der Vermögensverteilung – bei den Top-Vermögenden. Im Jahr 2020 hielten die obersten 1% der Vermögenden in der Schweiz durchschnittlich 43,8% des Gesamtvermögens, während es im Jahr 2004 34,9% waren. Das Wachstum über diese 15 Jahre beträgt somit rund 25,5%. Bei den obersten 10% der Vermögenden lag der Vermögensanteil im Jahr 2020 bei 76,5%, verglichen mit 70,4% im Jahr 2004. Hier war das Wachstum mit etwa 8,7% geringer als bei den obersten 1%. Damit hat die Vermögenskonzentration in etwa wieder das Niveau von 1970 erreicht, nachdem sie bis ins Jahr 2004 gesunken ist.

Wie erwähnt, sind die Pensionskassenvermögen nicht teil der Steuerstatistiken. Föllmi & Martínez (2017) haben jedoch die Pensionskassenvermögen mit zwei unterschiedlichen Methoden annäherungsweise berücksichtigt. Wie aus Abbildung 17 hervorgeht, sinken unter Berücksichtigung der Rentenvermögen die Vermögensanteile der Top-Vermögenden deutlich. So beträgt der Anteil der Top-1% noch rund 30%, während der Top-10%-Anteil bei rund 57% liegt.

Im Vergleich zur Einkommensungleichheit sind die Top-Anteile und damit die Vermögensungleichheit dennoch deutlich ausgeprägter. Aus dem Ländervergleich (Abschnitt 4.3) geht hervor, dass das Vermögen auch in anderen Ländern stärker konzentriert ist als das Einkommen (vgl. Abschnitt 2.3). An dieser Stelle sollten wir uns die Unterscheidung zwischen Einkommen und Vermögen vor Augen halten. Vermögen ist eine Bestandsgrösse, das heisst, es handelt sich um den gesamten Betrag, der zu einem bestimmten Zeitpunkt verfügbar ist (vgl. Abschnitt 4.1). Einkommensströme hingegen werden als Flussgrösse definiert und beziehen sich auf Beträge, die über einen bestimmten Zeitraum hinweg erwirtschaftet werden. Das bedeutet, dass Vermögen im Wesentlichen aus kumuliertem Einkommen besteht, das angespart und nicht zu Konsumzwecken ausgegeben wurde. Somit gibt es auch rein definitorische Gründe, die erklären, weshalb die Vermögensungleichheit höher ist als die Einkommensungleichheit. Vermögen kann sich über mehrere Jahre oder gar Generationen bilden, während das Einkommen innerhalb eines Jahres erwirtschaftet werden muss.

Abbildung 17: Entwicklung des Anteils der Top-Vermögenden am Gesamtvermögen (1913-2020)



Quellen: Eigene Darstellung basierend auf Föllmi & Martínez (2017), aktualisiert bis 2020.

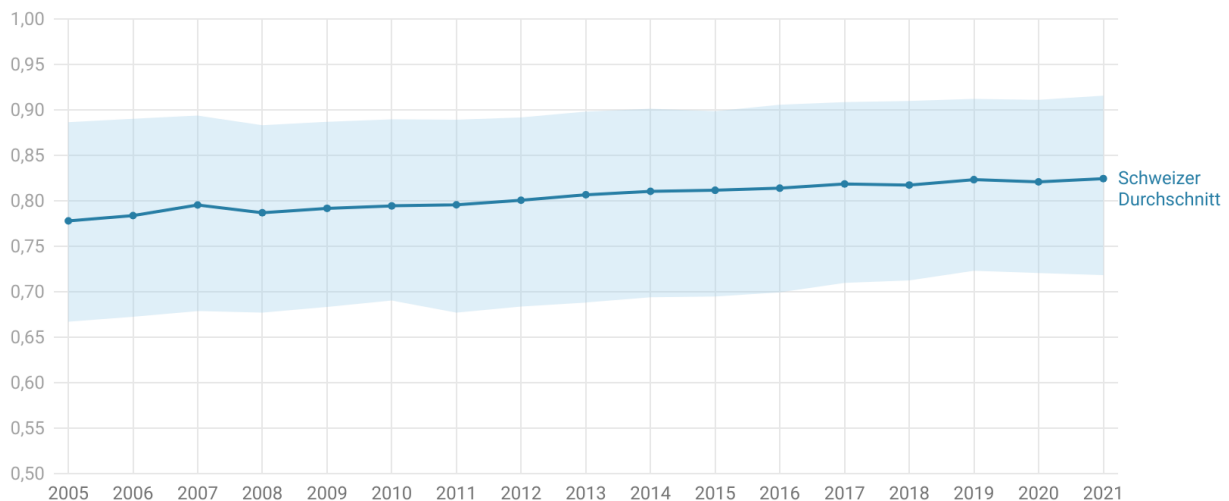
Hinweis: Die Vermögensanteile werden angepasst, indem das Rentenvermögen berücksichtigt wird. Dazu wird zum einen jedem Steuerpflichtigen das durchschnittliche Pensionskassenvermögen zugeschrieben (gekennzeichnet mit «durch.»). Zum anderen wird den Top-Vermögensgruppen ein Pensionskassenvermögen zugewiesen, das proportional zum Anteil der obersten 1% bzw. 10% der Lohnverteilung basierend auf AHV-pflichtigen Löhnen entspricht (gekennzeichnet mit «prop.»).

4.2.2 Die Mitte: Entwicklung des Gini-Indexes

Analog zur Analyse der Einkommensverteilung lässt sich auch die Entwicklung des Gini-Koeffizienten zur Messung der Vermögensverteilung betrachten. In der Schweiz lag der Gini-Koeffizient für Vermögen in den letzten 20 Jahren bei rund 0,8. Auch dieser Wert verdeutlicht, dass die Vermögensungleichheit in der Schweiz deutlich höher ist als die Einkommensungleichheit¹². Allerdings blieb der Gini-Koeffizient über die betrachteten 15 Jahre relativ stabil. Während die Top-Anteile angestiegen sind, blieb die durchschnittliche Ungleichheit konstant, wie in Abbildung 18 ersichtlich. Die blaue Fläche zeigt zudem, dass es eine beträchtliche Heterogenität zwischen den Kantonen gibt. In welchen Kantonen die Vermögenskonzentration besonders ausgeprägt ist und wo die Vermögen vergleichsweise gleichverteilt sind, wird in Kapitel 4.4 genauer untersucht.

¹² Der Gini Koeffizient für das Primäraquivalenzeinkommen der Gesamtbevölkerung betrug im Jahr 2021 0,45 (BFS, 2024c).

Abbildung 18: Entwicklung des Gini-Koeffizienten der Vermögen (2005-2021)



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Krapf (2024).

Hinweis: Die blaue Fläche repräsentiert den Gini-Koeffizienten für den Kanton mit dem höchsten sowie dem niedrigsten Wert in jedem Jahr.

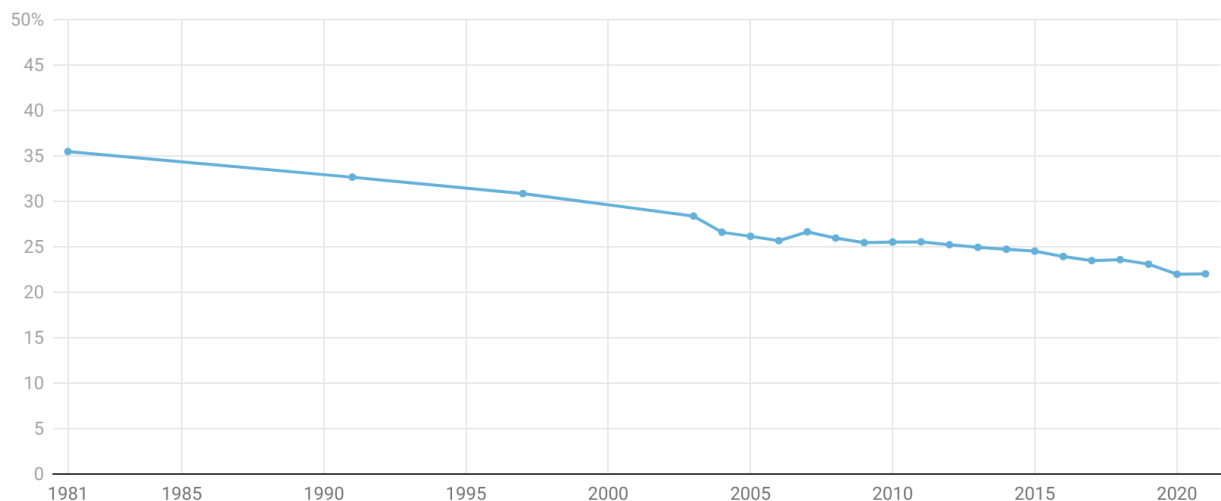
4.2.1 Der untere Pol: Entwicklung der untersten Vermögen

Um die Vermögensverteilung in ihrer Gesamtheit zu analysieren, richten wir nun den Blick auf die unteren Vermögensschichten. Da die Pensionskassenvermögen nicht Teil der Steuerstatistiken sind und auch Immobilien nicht vollständig abgebildet werden, sollten diese Auswertungen mit Vorsicht betrachtet werden.

Eine Kennzahl, die Hinweise auf die niedrigsten Vermögen liefert, ist der Anteil der Steuerpflichtigen mit Null-Vermögen. Wie die Abbildung 19 zeigt, ist der Anteil zwischen 1981 und 2021 deutlich von 35% auf 22% gesunken. Derzeit weist gut jeder fünfte Steuerzahler ein Nullvermögen auf.

Es ist jedoch wichtig zu beachten, dass viele dieser Steuerpflichtigen im Besitz umfangreicher Vermögenswerte sind. Da sie aber zusätzlich auch Schulden in mindestens gleicher Höhe haben, werden sie als Null-Vermögen kategorisiert (Krapf, 2024). Gallusser & Krapf (2022) und Krapf (2023) zeigen sogar, dass Steuerpflichtige mit negativen Reinvermögen häufig am oberen Ende der Einkommensverteilung zu finden sind und daher nicht als arm betrachtet werden dürfen.

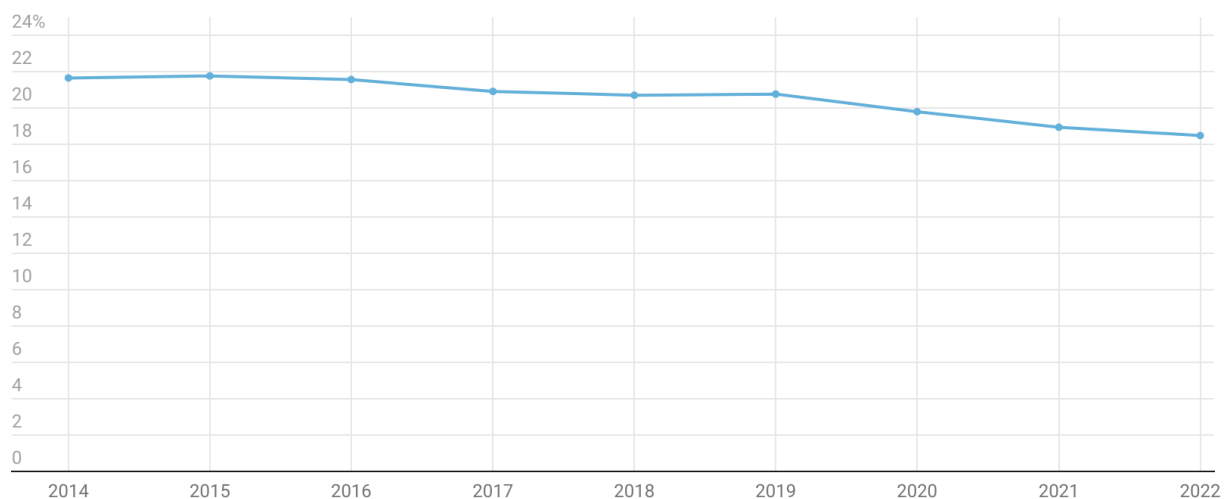
Abbildung 19: Entwicklung des Anteils der Bevölkerung mit Nullvermögen (1981-2021)



Quelle: Eigene Berechnung basierend auf ESTV (2024b).
Hinweis: Grafik basiert auf den Reineinkommensdaten der Steuerverwaltung.

Die Analyse der Armut in der Schweiz ist nicht Gegenstand dieses Verteilungsradars. Sie wird im Detail im Rahmen des Nationalen Armutsmonitorings untersucht, dessen Bericht Ende 2025 veröffentlicht werden soll.¹³ Dennoch enthält Abbildung 20 der Vollständigkeit halber einen Indikator, der ebenfalls auf die untersten Vermögen Bezug nimmt. Dabei handelt es sich um den Anteil der Personen, die in Haushalten leben, die finanziell nicht in der Lage wären, eine unerwartete Ausgabe von 2'500 CHF innerhalb eines Monats zu decken. Wie aus Abbildung 20 hervorgeht, ist dieser Anteil über die vergangenen Jahre relativ stabil geblieben und beträgt am aktuellen Rand für das Jahr 2022 18,5%.

Abbildung 20: Entwicklung des Anteils der Bevölkerung ohne finanzielle Reserve von 2'500 CHF (2014-2022)



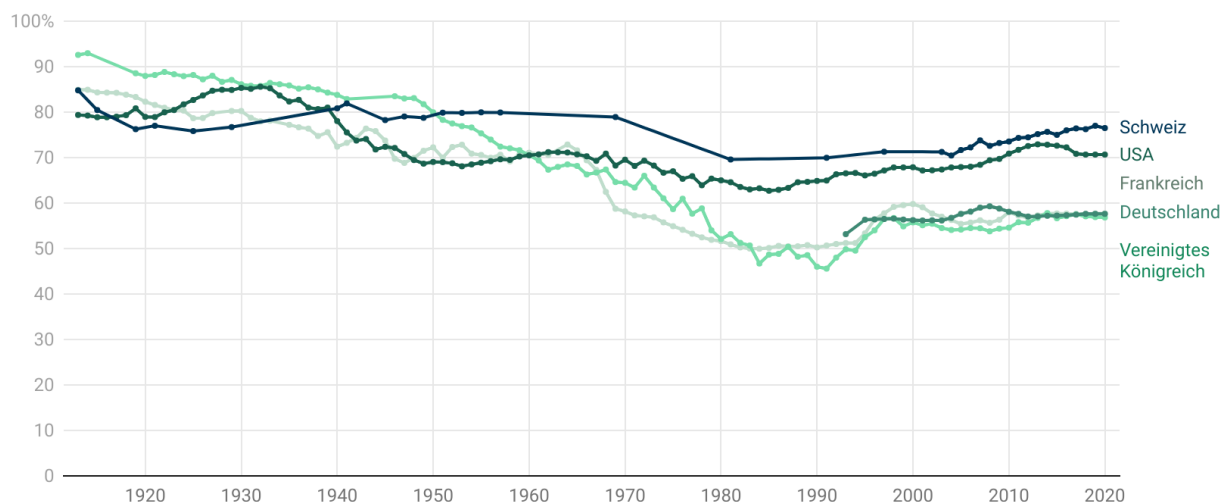
Quelle: Eigene Darstellung basierend auf BFS (2024i).

¹³ Vgl. Armutsmonitoring des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV): <https://www.bsv.admin.ch/bsv/de/home/sozialpolitische-themen/soziale-absicherung/armutsmonitoring.html> (Zugriff am 13.11.2024).

4.3 Blick über den Tellerrand

Nachdem wir die Vermögensungleichheit in der Schweiz betrachtet haben, werfen wir nun einen Blick auf den internationalen Vergleich und setzen die Schweizer Vermögensungleichheit in Beziehung zur Verteilungssituation in anderen Ländern. Die Abbildung 21 zeigt den historischen Vergleich mit den USA, Grossbritannien, Frankreich und Deutschland zeigt, dass die Schweiz bei der Vermögensverteilung ihren Sonderfall-Status verliert. Der Anteil am Gesamtvermögen der Top-10% in der Schweiz – ohne Berücksichtigung der Pensionskassenvermögen – ist seit 1980 von 70% auf 77% im Jahr 2020 angestiegen. Somit ergibt sich ein leicht u-förmiger Verlauf, wie in den USA, Grossbritannien und Frankreich. Ausserdem wird deutlich, dass die Vermögenskonzentration durch den Zweiten Weltkrieg vergleichsweise wenig tangiert wurde. Das lässt sich mitunter damit begründen, dass in der Schweiz kaum physisches Kapital durch die Kriege zerstört wurde (Schaltegger et al., 2018). Der Anteil der Top-10% am Gesamtvermögen ist seit den 1950er Jahren in der Schweiz höher als in den Vergleichsländern.

Abbildung 21: Entwicklung der Top-10%-Vermögensanteile im Ländervergleich (1913-2020)



Quellen: Eigene Darstellung basierend auf WID (2024); Schweiz basierend auf Föllmi & Martínez (2017), aktualisiert bis 2020.

Hinweis: Die Daten zur Schweiz basieren auf Steuerdaten. Dabei bleiben steuerbefreite Vermögen von Pensionskassen unberücksichtigt, was dazu führt, dass der Anteil der obersten 10% höher ausfällt.

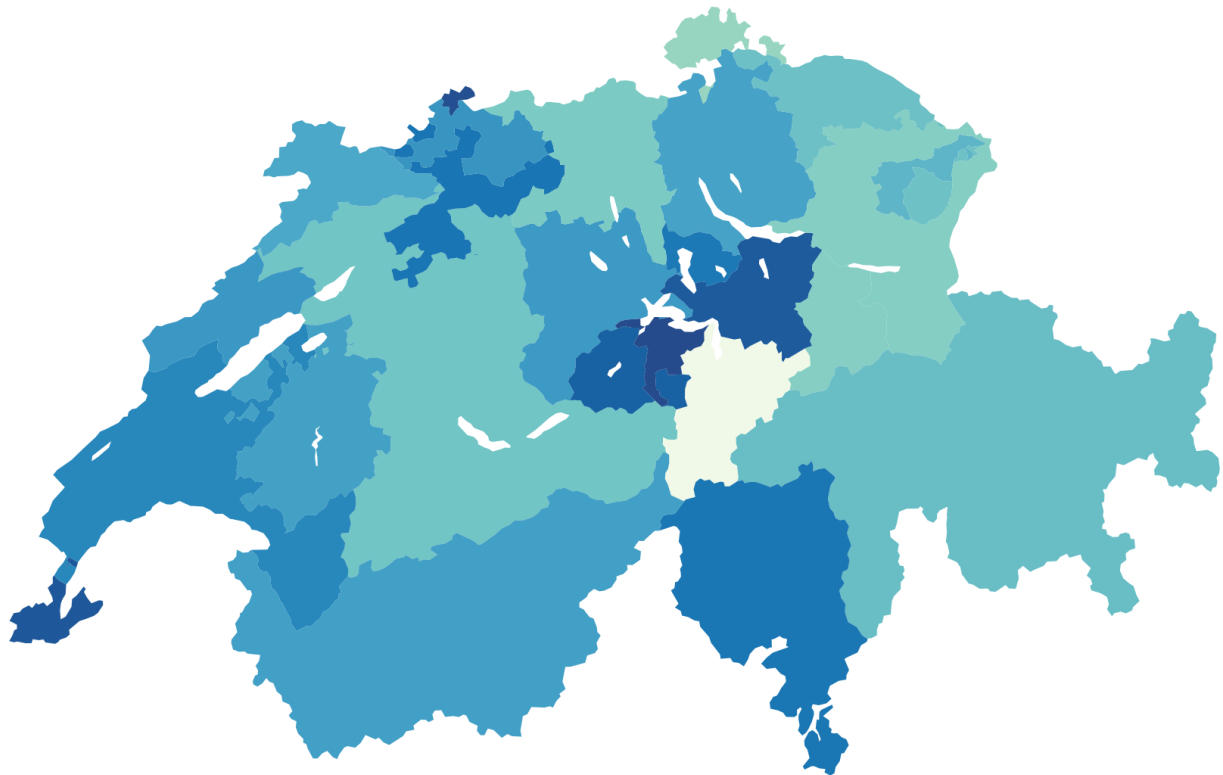
4.4 Die Schweiz – Ein Land aus 26 Kantonen

Wie bei der Einkommensungleichheit weisen auch die Vermögensungleichheitsmasse auf deutliche Unterschiede zwischen den Kantonen hin.

Die kantonalen Unterschiede in den Vermögensanteilen der Top-10% in der Schweiz sind in Abbildung 22 dargestellt. Im Jahr 2021 vereinten die reichsten 10% im Schweizer Durchschnitt 78,3% des Gesamtvermögens. Im Kanton Uri entfielen 61,5% des Vermögens auf die Top-10%, während dieser Anteil im Kanton Nidwalden sogar 90% und in Basel-Stadt 89,5% betrug.

Abbildung 22: Vermögensanteil der Top-10% in der Schweiz (2021)

Vermögensanteil
61,5% 90,1%



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Krapf (2024).

Auch bei den Vermögensanteilen der Top-1% zeigten sich 2021 erhebliche Unterschiede: In Uri lag der Anteil bei 28,5%, während er in Nidwalden 72,9% erreichte. Der Schweizer Durchschnitt betrug 45,9%. Diese Differenzen werden auch durch den Gini-Koeffizienten verdeutlicht: 2021 lag dieser in Uri bei 0,72, während er in Basel-Stadt mit 0,92 deutlich höher ausfiel. Im schweizerischen Durchschnitt betrug der Gini-Koeffizient 2021 insgesamt 0,82.

4.5 Treiber der Vermögensungleichheit

Die betrachteten Kennzahlen zeigen, dass die Vermögensungleichheit deutlich höher ist als die Einkommensungleichheit und im internationalen Vergleich in der Schweiz besonders ausgeprägt ist. Daher untersuchen wir nachfolgend die Faktoren, die der Vermögensungleichheit zugrunde liegen, und legen dabei einen besonderen Fokus auf den beobachteten Anstieg seit 2004.

Einkommen

Da Vermögen im Wesentlichen das kumulierte Einkommen darstellt, könnte man vermuten, dass ein Anstieg der Vermögensungleichheit alleine durch eine Zunahme der Einkommensungleichheit erklärt werden kann. Ungleiche Einkommen führen zu unterschiedlichen Möglichkeiten der Vermögensbildung. Allerdings haben wir in Kapitel 2.2 bereits festgestellt, dass die Einkommensungleichheit in den letzten 100 Jahren weitgehend konstant geblieben ist. Daher

kann die pro Jahr gemessene Einkommensungleichheit nicht als der massgebliche Treiber für die zunehmende Vermögensungleichheit angesehen werden.

Erbschaften

Wenn die Vermögensungleichheit nicht durch eine steigende Einkommensungleichheit erklärt werden kann, stellt sich die Frage, ob sie möglicherweise durch Erbschaften beeinflusst wird. Dabei gibt es zwei mögliche Szenarien: Einerseits könnten bereits wohlhabende Personen durch Erbschaften noch reicher werden, was die Vermögensungleichheit weiter akzentuieren würde. Andererseits könnten weniger wohlhabende Personen durch geerbtes Vermögen profitieren, wodurch die Vermögensungleichheit reduziert würde.

Die Evidenz zu den Auswirkungen von Erbschaften auf die Vermögensungleichheit ist gemischt. Schätzungen aus Dänemark und Schweden deuten darauf hin, dass Erbschaften die relative Vermögensungleichheit zwar zumindest kurzfristig mindern können (Boserup et al., 2016; Brühlhart, 2019; Elinder et al., 2018). Im Gegensatz dazu zeigen jedoch Beobachtungen von Nekoei und Seim (2022) für Schweden, dass ärmere Erben ihr geerbtes Vermögen schneller konsumieren als wohlhabendere Erben. Langfristig kann dies dazu führen, dass Erbschaften die relative Vermögensungleichheit verschärfen, da weniger wohlhabende Erben ihr Vermögen rascher aufbrauchen und somit weniger von der zusätzlichen Vermögensbildung profitieren.

Das Volumen von Erbschaften und Schenkungen als Anteil am Nationaleinkommen hat seit Ende der 1990er Jahren deutlich zugenommen (Brühlhart et al., 2018). Gleichzeitig ist jedoch auch die Bevölkerung der Schweiz gewachsen. Die gestiegenen Erbschaften verteilen sich folglich auf mehr Personen und erklären daher nicht die Zunahme der Vermögensungleichheit der vergangenen Jahre in der Schweiz.

Zuwanderung

Ein wesentlicher Faktor für die Vermögensungleichheit könnte die Zuwanderung sein, die einen Nettozufluss von Vermögen aus dem Ausland mit sich bringt. Aufgrund ihrer politischen, wirtschaftlichen sowie finanziellen und geldpolitischen Stabilität gilt die Schweiz als attraktiver Standort für ausländische Vermögen. Dies führt dazu, dass die Dichte der Milliardäre in der Schweiz weltweit die höchste ist und etwa viermal höher liegt als in den USA (Seliger, 2024). Rund 50% der vermögendsten Personen in der Schweiz sind zudem nicht hier geboren (Baselgia et al., 2024). Eine Studie von Brühlhart et al. (2022), die Daten für den Kanton Luzern verwendet, stellt fest, dass etwa ein Sechstel des Anstiegs der Vermögenskonzentration auf diesen Vermögenszufluss zurückzuführen sein dürfte.

Kapitalgewinne

In der Schweiz verzeichnen die Vermögenswerte im Vergleich zu den Einkommen einen starken Anstieg. Dieser Anstieg ist insbesondere seit 2010 besonders ausgeprägt. Baselgia und Martínez (2022) identifizieren ein überproportionales Wachstum der Kapitalgewinne als einen der Haupttreiber dieses Anstiegs der Vermögenswerte.

Im Umfeld niedriger Zinsen ist die Nachfrage nach Finanzanlagen und Realwerten wie beispielsweise Immobilien gestiegen, da Sparanlagen aufgrund der niedrigen, teilweise sogar real negativen Zinsen zunehmend unattraktiv wurden. Dies hat zu einer Wertsteigerung von

Kapitalanlagen und Immobilien geführt. Diese Entwicklung schlägt sich bisher nicht in einem Anstieg der Kapitaleinkommen nieder – die Vermögenseinkommen machen weiterhin stabil 10% des gesamten Einkommens der privaten Haushalte in der Schweiz aus (BFS, 2024f).

Damit zeigt sich, dass der Anstieg in der Vermögensungleichheit in der Schweiz insbesondere durch steigende Kapitalgewinne und Immobilienmarktentwicklungen und teilweise durch den Nettozufluss ausländischen Vermögens erklärt werden kann. Da sich diese Entwicklungen jedoch nicht auf die Kapitaleinkommen niederschlagen, bleibt die Einkommensungleichheit trotz steigender Vermögenskonzentration stabil.

5 Heiratsverhalten und dessen Verteilungswirkungen

Zum Schluss widmen wir uns einem gesellschaftlichen Phänomen, das auf den ersten Blick nicht mit der Einkommens- und Vermögensungleichheit in Verbindung gebracht wird: der Partnerwahl. Beim genaueren Hinsehen offenbart sich hingegen, dass die Partnerwahl starke Verteilungswirkungen mit sich bringt. Um diese zu bestimmen, wird in einem ersten Schritt gezeigt, wie ähnlich sich Herr und Frau Schweizer in ihrem Einkommen und Vermögen sind (Kapitel 5.1). Im zweiten Schritt werden die daraus resultierenden Verteilungswirkungen beleuchtet (Kapitel 5.2).

5.1 Partnerwahl von Herrn und Frau Schweizer

Vor dem ersten Weltkrieg wurden im deutschsprachigen Raum zahlreiche Ehen politstrategischer Natur geschlossen. Insbesondere die Habsburger Dynastie konnte sich durch geschickte Heiratspolitik binnen weniger Generationen als europäische Grossmacht etablieren. 1919 wurden die Standesvorteile des Adels abgeschafft – und damit verlor auch die Heiratspolitik an Bedeutung. Der Bund fürs Leben wird aber auch heute noch eingegangen. Umso spannender ist es zu schauen, ob sich unter freier Partnerwahl ohne politstrategische Grossmachtsgedanken ökonomische Ähnlichkeiten zwischen den Ehepartnern abzeichnen.

Die Ähnlichkeit im Einkommen und Vermögen der Ehepartner lässt sich dank der Steuer- und Bevölkerungsregister in der Schweiz detailliert erfassen. Um ein möglichst unverzerrtes Bild zu erhalten, werden die Einkommen und Vermögen der Partner jeweils ein Jahr vor der Eheschliessung gemessen. Würden wir sie später beobachten, könnte es zu Messfehlern kommen, weil sich ihre individuellen Einkommen und Vermögen aufgrund gemeinsamer Entscheidungen möglicherweise bereits verändert haben (Häner-Müller et al., 2024a).

Die Ergebnisse zeigen: Die Paarbildung in der Schweiz lässt sich mit dem Motto «Gleich und gleich gesellt sich gern» passend zusammenfassen. Ehepartner weisen in Bezug auf Einkommen und Vermögen starke Ähnlichkeiten auf. Eine Heirat innerhalb des obersten Einkommensprozent ist fast 15-mal wahrscheinlicher, als wenn die Paare zufällig heiraten würden. Eine Ehe innerhalb der untersten ein Prozent ist sogar 33-mal wahrscheinlicher als eine zufällige Heirat. Will heissen: Heutzutage ist es deutlich wahrscheinlicher, dass sich Ärztinnen und Ärzte vermählen, als dass Ärztinnen und Hilfsarbeiter heiraten.

Ein analoges Muster ergibt sich auch mit Blick auf das Vermögen der zukünftigen Ehepartner. Eine Heirat innerhalb der Top-1% der obersten Vermögenden ist 8-mal wahrscheinlicher als bei einer Zufallsheirat – bei den untersten 1% der Vermögensverteilung gar 19-mal wahrscheinlicher (Häner-Müller et al., 2024b).

Insgesamt zeigt sich also, dass in der Schweiz trotz freier Partnerwahl alles andere als zufällig geheiratet wird. Die freie Partnerwahl ist eine wichtige Errungenschaft in einer liberalen Gesellschaft. Nichtsdestotrotz muss man sich deren Verteilungswirkungen im Aggregat bewusst sein.

5.2 Ungleichheitseffekte der Ehepartnerwahl

Der Vergleich der Ungleichheitsmasse bei selektiver Partnerwahl im Vergleich zur zufälligen Partnerwahl verdeutlicht die Auswirkungen privater Heiratsentscheidungen auf die Ungleichverteilung: Das selektive Heiratsverhalten akzentuiert die Einkommens- und Vermögensungleichheit.

In Bezug auf das Einkommen steigt der Gini-Koeffizient aufgrund dieses Partnerwahleffekts um mehr als 10% im Vergleich zur Zufallsheirat, der Anteil der Spitzenverdiener (Top-1%), sowie der Anteil der Top-10%-Verdiener am Gesamteinkommen um etwa 5,2% (Häner et al., 2024a).

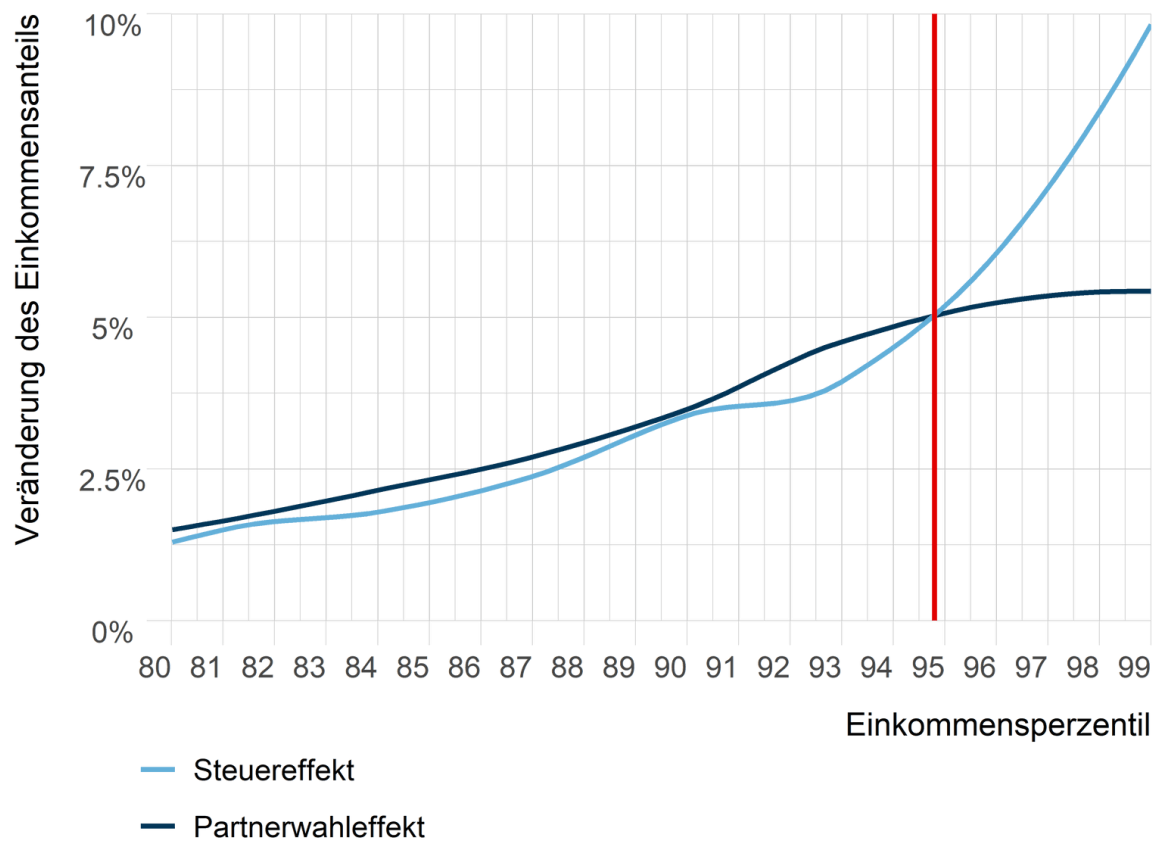
Für das Vermögen lässt sich beobachten, dass das selektive Heiratsverhalten zu einem Anstieg des Gini-Koeffizienten um 5% führt. Darüber hinaus steigt der Anteil des Vermögens der oberen 10% der Haushalte um etwa 3,2% (Häner et al., 2024b).

Wie bereits erwähnt, verstärkt das selektive Heiratsverhalten die Einkommensungleichheit. Es stellt sich die Frage, ob die steuerliche Umverteilung durch das progressive Steuersystem den Effekt der Partnerwahl ausgleichen kann. Der Steuereffekt quantifiziert, inwieweit der Anteil der Spitzenverdiener am Gesamteinkommen durch die progressive Besteuerung, die eine politisch gewollte Umverteilung darstellt, reduziert wird.

Abbildung 23 macht deutlich, dass die politisch beabsichtigte Umverteilung durch das selektive Heiratsverhalten nahezu vollständig kompensiert wird. Mit anderen Worten: Die Einkommenskonzentration der obersten 20% der Einkommensbezieher nimmt aufgrund der Partnerwahl nicht stärker zu, als sie durch die steuerliche Umverteilung reduziert wird. Diese Neutralisierung gilt jedoch nur bis zum 95. Einkommensperzentil. Erst ab den obersten 5% der Einkommensbezieher in der Schweiz führt die progressive Besteuerung zu einer so hohen Steuerbelastung, dass die Ungleichheitseffekte der Partnerwahl durch die Steuerlast vollständig kompensiert werden.

Mit anderen Worten nehmen Herr und Frau Schweizer mit ihren individuellen Entscheidungen eine höhere Einkommensungleichheit in Kauf, die nur in Teilen durch die Steuerprogression wettgemacht wird.

Abbildung 23: Ist der Effekt der Partnerwahl grösser als der Steuereffekt?



Quelle: Häner-Müller et al. (2024a).

In Kapitel 2.6.2 haben wir gezeigt, dass persönliche Entscheidungen die Einkommensverteilung ebenfalls beeinflussen. Vor dem Hintergrund der Stärke des Partnerwahleffekts ist die vergleichsweise tiefe und äusserst stabile Markteinkommensentwicklung in der Schweiz umso bemerkenswerter.

6 Fazit und Ausblick Verteilungsradar

Aus diesem Verteilungsradar 2024 lassen sich folgende Erkenntnisse festhalten:

- Die Einkommensungleichheit in der Schweiz ist in den letzten rund 100 Jahren stabil geblieben. An dieser Tendenz über die Zeit hat sich auch in den letzten Jahren nichts geändert.
- Der Ländervergleich offenbart: Die Markteinkommen (vor Umverteilung) sind in der Schweiz vergleichsweise gleichverteilt. Im Schnitt vereinen die obersten 10% rund 30% des gesamten Einkommens auf sich. Bei der Verteilung nach Umverteilung liegt die Schweiz im OECD-Mittelfeld. Somit wird in der Schweiz zwar vergleichsweise weniger umverteilt, aber die Einkommen sind bereits vor Umverteilung gleicher verteilt.
- Als Kehrseite der Medaille der Einkommenskonzentration ergibt sich auch eine Konzentration des Steueraufkommens. Die obersten 10% zahlen 54,5% der gesamten Bundes-, Kantons-, Gemeinde- und Kirchensteuern, während rund ein Viertel der Haushalte von der direkten Bundessteuer befreit ist. Damit ergibt sich in Bezug auf die Steuereinnahmen ein Klumpenrisiko, weil eine grosse Abhängigkeit von den Top-Einkommen besteht. Dies gilt besonders für Niedrigsteuerkantone wie Zug und Schwyz mit hoher Topeinkommenskonzentration.
- Verantwortlich für die langfristige Stabilität sowie die tiefe Ungleichheit vor Umverteilung sind insbesondere folgende Institutionen: der flexible Arbeitsmarkt, das gut ausgebaute und anpassungsfähige duale Bildungssystem sowie das föderale Einkommensteuersystem und die direkte Demokratie.
- Diese tiefe Markteinkommensverteilung ist umso bemerkenswerter vor dem Hintergrund des starken Partnerwahleffekts auf die Einkommensungleichheit. Das Sprichwort «gleich und gleich gesellt sich gern» gilt auch in Bezug auf das Einkommen. Und das hat starke Verteilungswirkungen. Würden die Leute zufällig heiraten, so wäre der Gini-Koeffizient mehr als 10% tiefer als er aktuell ist. Besonders gross sind die Verteilungseffekte bei den obersten 20% der Einkommen: Bis zu den obersten 5% ist der ungleichheitserhöhende Partnerwahleffekt gar grösser als der ungleichheitsreduzierende Effekt der progressiven Einkommenssteuer.
- Im Gegensatz zur tatsächlichen Einkommensungleichheit zeichnet sich die wahrgenommene Ungleichheit nicht durch Beständigkeit aus. Während die Wahrnehmung in der Schweiz zwar im Ländervergleich vergleichsweise nahe bei der tatsächlichen Situation liegt, hat sie sich über die letzten Jahre merklich von den tatsächlichen Verhältnissen entfernt. Während unsere Gesellschaft 2009 noch deutlich als Mittelstandsgesellschaft wahrgenommen wurde, teilt sich das Bild der Mittelstandsgesellschaft inzwischen den Platz mit dem Bild des Tannenbaums – einer Gesellschaft, die sich also durch einen deutlich höheren Anteil an tiefen Einkommen auszeichnet als die Mittelstandsgesellschaft.
- Dies hat auch Folgen für die Umverteilungspolitik. Die Forschung zeigt, dass die Umverteilungspräferenzen stärker mit der Ungleichheitswahrnehmung zusammenhängen als mit der tatsächlichen Ungleichheit. Das erweist sich auch für die Schweiz: Die Befürwortung staatlicher Umverteilung hat seit 1987 deutlich zugenommen.
- Die Vermögensungleichheit ist in der Schweiz vergleichsweise hoch und hat seit den 2000er Jahren zugenommen. Die Gründe im Anstieg der Vermögensungleichheit liegen nicht etwa in Veränderungen in der pro Jahr gemessenen Einkommensungleichheit oder der Erbschaften, wohl aber in den Buchwertsteigerungen von Wertschriften und

Immobilien sowie dem Zufluss ausländischen Vermögens. Dies resultierte jedoch nicht in einem Anstieg der Kapitaleinkommen. Der Anteil des Vermögenseinkommens am gesamten Einkommen der privaten Haushalte blieb relativ konstant bei rund 10%. Damit blieb die Einkommensungleichheit trotz steigender Vermögenskonzentration stabil.

Wie der Verteilungsradar zeigt, ist es einerseits wichtig, im Ungleichheitsdiskurs den Zusammenhang zwischen Einkommen und Vermögen zu verstehen, und andererseits nebst der tatsächlichen Verteilungssituation auch ein Augenmerk auf die Wahrnehmung zu legen.

7 Literaturverzeichnis

- Acemoglu, D. (2002). Technical Change, Inequality, and the Labor Market. *Journal of Economic Literature* 40(1), S. 7–72.
- Acemoglu, D. & Autor, D. (2011). Skills, tasks and technologies: Implications for employment and earnings. In D. Card & O. Ashenfelter (Eds.), *Handbook of Labor Economics*, 4B, S.1043–1171. Elsevier.
- Acemoglu, D. & Robinson, J. A. (2015). The rise and decline of general laws of capitalism. *Journal of Economic Perspectives* 29(1), S. 3–28.
- Alesina, A., Stantcheva, S. & Edoardo, T. (2018). Intergenerational Mobility and Preferences for Redistribution. *American Economic Review* 108(2), S. 521–554.
- Alvaredo, F., Piketty, T., Saez, E., Chancel, L., & Zucman, G. (2018). *World Inequality Report 2018*. <https://wir2018.wid.world/files/download/wir2018-full-report-english.pdf> (Zugriff am 25.11.2024).
- Alves, F., Kaplan, G., Moll, B., & Violante, G. L. (2020). A further look at the propagation of monetary policy shocks in HANK, *Journal of Money, Credit and Banking* 52, S. 521–559.
- Amberg, N., Jansson, T., Klein, M. & Rogantini, P. (2021). Five facts about the distributional income effects of monetary policy. *American Economic Review: Insights* 4, S. 289–304.
- Andersen, A. L., Johannesen, N., Jorgensen, M. & Peydró, J.-L. (2023). Monetary Policy and Inequality. *Journal of Finance* 78(5), S. 2413-3049.
- Atkinson, A. B., Piketty, T. & Saez, E. (2011). Top incomes in the long run of history. *Journal of Economic Literature* 49(1), S. 3–71.
- Auclert, A., Rognlie, M. & Straub, L. (2020). Micro jumps, macro humps: Monetary policy and business cycles in an estimated HANK model. *NBER Working Paper* 26647. https://www.nber.org/system/files/working_papers/w26647/w26647.pdf. (Zugriff am 25.11.2024).
- Auten, G. & Splinter, D. (2024). Income Inequality in the United States: Using Tax Data to Measure Long-Term Trends. *Journal of Political Economy* 132(7), S. 2179–2227.
- Backes-Gellner, U. & Tuor Sartore, S. (2010). Risk-return trade-offs to different educational paths. Vocational, academic and mixed. *International Journal of Manpower* 31(5), S. 495–519.
- Baselgia, E. & Martínez, I.Z. (2023). Wealth-Income Ratios in Free Market Capitalism: Switzerland, 1900-2020. *The Review of Economics and Statistics*, S. 1-52.
- Baselgia, E. & Martínez, I.Z. (2024). Using rich lists to study the super-rich and top wealth inequality: Insights from Switzerland. *CESifo Working Paper*, No. 10993. https://www.cesifo.org/DocDL/cesifo1_wp11093.pdf. (Zugriff am 25.11.2024).
- Bartels, C. (2017). Top Incomes in Germany, 1871–2013. *WID.world Working Paper Series*, Nr. 2017/18. wid.world/document/top-incomes-germany-1871-2013-wid-world-working-paper-2017-18/. (Zugriff am 25.11.2024).
- Belloni, R. & Alexander, R. (2023). Labour Market Flexibility and Unemployment: Evidence from Dynamic Panel Models. *SSRN Working Paper*. https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=4671565 (Zugriff am 06.11.2024).
- Bernanke, B. S. (2015). Monetary policy and inequality. Commentary, *Brookings Institution*. <https://www.brookings.edu/articles/monetary-policy-and-inequality/> (Zugriff am 05.11.2024).

- Bundesamt für Statistik (BFS) (2024h). Gesamtschweizerische Vermögenssteuerstatistik der natürlichen Personen. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoeluerung/einkommen-verbrauch-vermoegen.assetdetail.30226819.html> (Zugriff am 07.08.2024).
- Bundesamt für Statistik (BFS) (2024i). Materielle und soziale Deprivation, nach verschiedenen soziodemografischen Merkmalen. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kataloge-datenbanken.assetdetail.30526377.html> (Zugriff am 25.11.2024).
- Boserup, S. H., Kopczuk, W. & Kreiner, C. T. (2016). The Role of Bequests in Shaping Wealth Inequality: Evidence from Danish Wealth Records. *American Economic Review* 106(5), S. 656–661.
- Brülhart M., Dupertuis, D. & Moreau, E. (2018). Inheritance Flows in Switzerland, 1911–2011. *Swiss Journal of Economics and Statistics* 154(8), S. 1-13.
- Brülhart, M., Gruber, J., Krapf, M. & Schmidheiny K. (2022). Behavioral Responses to Wealth Taxes: Evidence from Switzerland. *American Economic Journal: Economic Policy* 14(4), S. 111-50.
- Brunnermeier, M. K. & Sannikov, Y. (2012). Redistributive Monetary Policy. In: *Jackson Hole Symposium*. Federal Reserve Bank of Kansas City, KS, S. 331–384.
- Calderon, C. & Chong, A. (2009). Labor market institutions and income inequality: An empirical exploration. *Public Choice* 138(1/2), S. 65–81.
- Checchi, D. & García-Peñalosa, C. (2008). Labour market institutions and income inequality. *Economic Policy* 23(56), S. 602–649. <http://checchi.economia.unimi.it/pdf/un45.pdf>. (Zugriff am 25.11.2024).
- Chuard, P. & Schmiedgen-Grassi, V. (2020). Switzer-Land of Opportunity: Intergenerational Income Mobility in the Land of Vocational Education. *SSRN Electronic Journal*. https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3662560. (Zugriff am 25.11.2024).
- Coibion, O., Gorodnichenko, Y., Kueng, L. & Silvia, J. (2017). Innocent bystanders? Monetary policy and inequality, *Journal of Monetary Economics* 88, S. 70–89.
- Cruces, G., Perez-Truglia, R. & Tetaz, M. (2013). Biased perceptions of income distribution and preferences for redistribution: Evidence from a survey experiment. *Journal of Public Economics* 98(C), S. 100-112.
- Degen, B. (2013). *Arbeitslosigkeit. Historisches Lexikon der Schweiz (HLS)*, Version vom 09.12.2013. <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/013924/2013-12-09/> (Zugriff am 12.11.2024).
- Draghi, M. (2016). Stability, equity and monetary policy, 2nd DIW Europe Lecture. <http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2016/html/sp161025.en.html> (Zugriff am 05.11.2024).
- Dorn, F., Fuest C. & Potrafke, N. (2022). Trade openness and income inequality: New empirical evidence. *Economic Inquiry* 60(1), S. 202–223.
- Elinder, M., Erixson, O. & Waldenström, D. (2018). Inheritance and Wealth Inequality: Evidence from Population Registers. *Journal of Public Economics* 165, S.17–30.
- Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) (2023). *Kurzer Überblick über die Einkommenssteuer natürlicher Personen*. Steurdokumentation. Bern.
- Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) (2024a). *Statistische Kennzahlen natürlicher Personen (mit und ohne Belastung durch die direkte Bundessteuer) 2020*. [https://www.estv.admin.ch/estv/de/home/die-estv/steuerstatistiken-estv/allgemeine-steuerstatistiken-estv/allgemeine-steuerstatistiken/direkte-bundessteuer.html](https://www.estv.admin.ch/estv/de/home/die-estv/steuerstatistiken-estv/allgemeine-steuerstatistiken/direkte-bundessteuer.html) (Zugriff am 12.11.2024).
- Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) (2024b). *Gesamtschweizerische Statistik der besteuerten Vermögen (Vermögensstatistik)*. <https://www.estv.admin.ch/estv/de/home/die-estv/steuerstatistiken-estv/allgemeine-steuerstatistiken/gesamtschweizerische-vermoegenssteuerstatistik.html> (Zugriff am 13.11.2024).

- Feld, L., Frey, C., Schaltegger, C.A. & Schmid, L. A. (2021). Fiscal Federalism and Income Inequality: An Empirical Analysis for Switzerland. *Journal of Economic Behavior & Organization* 185, S. 463–494.
- Föllmi, R. & Martínez, I.Z. (2017). Volatile top income shares in Switzerland? Reassessing the evolution between 1981 and 2010. *Review of Economics and Statistics* 99(5), S. 793-809.
- Frey, C. & Schaltegger, C.A. (2016). Progressive taxes and top income shares: A historical perspective on pre- and post-tax income concentration in Switzerland. *Economics Letters* 148, S. 5–9.
- Frey, C., & Schaltegger, C.A. (2021). The initiative, referendum and distribution of Income: An empirical analysis for Swiss Cantons. *European Journal of Political Economy* 66, S. 1-31.
- Frey, C., Gorgas, C. & Schaltegger, C.A. (2017). The Long Run Effects of Taxes and Tax Competition on Top Income Shares: an Empirical Investigation. *Review of Income and Wealth* 63(4), S. 792–820.
- Gallusser, D. & Krapf, M. (2022). Joint Income-Wealth Inequality: Evidence from Lucerne Tax Data. *Social Indicators Research: An International and Interdisciplinary Journal for Quality-of-Life Measurement* 163(1), S. 251–95.
- Geloso, V. J., Magness, P., Moore, J. & Schlosser, P. (2022). How Pronounced Is the U-Curve? Revisiting Income Inequality in the United States, 1917–60. *The Economic Journal* 132(647), S. 2366–2391.
- Goos, M. & Manning, A. (2007). Lousy and lovely jobs: The rising polarization of work in Britain. *The Review of Economics and Statistics* 89(1), S. 118–133.
- Häner, M. (2024). Bei der Ungleichheit wächst die Kluft zwischen Wahrnehmung und Wirklichkeit. *Neue Zürcher Zeitung am Sonntag*, 19.03.2024.
- Häner-Müller, M., Salvi, M., & Schaltegger, C.A. (2024a). Tax redistribution offset? Effect of marital choices on income inequality. *International Tax and Public Finance*, S. 1–23. <https://doi.org/10.1007/s10797-024-09847-8>
- Häner-Müller, M., Salvi, M. & Schaltegger, C.A. (2024b). Marry into new or old money? The distributional impact of marital decisions from an intergenerational perspective. *Journal of Economic Behavior & Organization* 224, S. 672–687.
- Homburg, S. (2015). Allgemeine Steuerlehre. Vahlen, 7. überarbeitete Auflage.
- Hope, D. & Martelli, A. (2019). The Transition to the Knowledge Economy, Labor Market Institutions, and Income Inequality in Advanced Democracies. *World Politics*, 71(2), S. 236–288.
- Hvidberg, K.B., Kreiner, C.T. & Stantcheva, S. (2023). Social Positions and Fairness Views on Inequality. *Review of Economic Studies* 90(6), S. 3083–3118.
- International Social Survey Programme (ISSP) (2024). The International Social Survey Programme. <https://issp.org/about-issp/>. (Zugriff am 08.08.2024).
- Jaumotte, F. & Osorio Buitron, C. (2015). Inequality and Labor Market Institutions. International Monetary Fund IMF.
- Karadja, M., Mollerstrom, J. & Seim, D. (2017). Richer (and Holier) Than Thou? The Effect of Relative Income Improvements on Demand for Redistribution. *The Review of Economics and Statistics* 99(2), S. 201-212.
- Katz, L.F. & Murphy K.M. (1992). Changes in Relative Wages, 1963-1987: Supply and Demand Factors. *The Quarterly Journal of Economics* 107(1), S. 35-78.
- Krapf, M. (2023). Does Income Risk Affect the Wealth Distribution? *Eastern Economic Journal* 49(4), S. 475–515.

- Krapf, M. (2024). Die Ungleichheit der zu versteuernden Vermögen in der Schweiz während der Covid-19 Pandemie. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*. <https://doi.org/10.1515/pwp-2024-0004>
- Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) (2024). *Berufliche Grundbildung*. <https://www.edk.ch/de/bildungssystem-ch/nachobligatorium/sek-ii/berufliche-grundbildung> (Zugriff am 09.10.2024).
- Kuhn, A. (2019). The subversive nature of inequality: Subjective inequality perceptions and attitudes to social inequality. *European Journal of Political Economy* 59(C), S. 331–344.
- Kuhn, U., & Suter, C. (2015). Die Entwicklung der Einkommensungleichheit in der Schweiz. *Social Change in Switzerland*, Nr. 2. https://www.socialchangeswitzerland.ch/wp-content/uploads/2015/10/Kuhn_Suter_einkommensungleichheit.pdf. (Zugriff am 05.11.2024).
- Kuhn, U. (2020). Augmented wealth in Switzerland: the influence of pension wealth on wealth inequality. *Swiss Journal of Economics and Statistics* 156(19), S. 1–16.
- Kuznets, S. (1953). *Shares of Upper Income Groups in Income and Savings*. New York: National Bureau of Economic Research. <https://www.nber.org/system/files/chapters/c3060/c3060.pdf>. (Zugriff am 25.11.2024).
- Lindert, P.H. & Williamson, J.G. (2016). *Unequal gains: American growth and inequality since 1700*. 1.ed., Princeton University Press.
- Leisibach, P. & Schaltegger, C.A. (2019). Zielkonflikte und Fehlanreize: Eine Analyse der Anreizwirkungen im Schweizer Finanzausgleich. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 20(3), 254–280.
- Lenza, M. & Slacalek, J. (2018). How does monetary policy affect income and wealth inequality? Evidence from quantitative easing in the euro area. *ECB Working Paper Series* No. 2190. <https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/scpwps/ecb.wp2190.en.pdf>. (Zugriff am 25.11.2024).
- Levy, F. & Murnane, R.J. (1992). U.S: Earnings Levels and Earnings Inequality: A Review of Recent Trends and Proposed Explanation. *Journal of Economic Literature* 30(3), S. 1333-1381.
- Marti, S., Martínez I.Z. & Scheuer, F. (2023). Does a progressive wealth tax reduce top wealth Inequality? Evidence from Switzerland. *Oxford Review of Economic Policy* 39(3), S. 513–29.
- Meltzer, A. H. & Richard, S. F. (1981). A rational theory of the size of government. *Journal of Political Economy*, 89(5), S. 914–927.
- Mengel, F. & Weidenholzer, E. (2023). Preferences for redistribution. *Journal of Economic Surveys* 37(5), S. 1660-1677.
- Mergele, L., Kaiser, B., Wehrli, D., Schönleitner, T., Föllmi, R. & Siegenthaler, M. (2024). Die langfristige Entwicklung von Arbeit, Freizeit und Produktivität in der Schweiz. *Grundlagen für die Wirtschaftspolitik* Nr. 45. Bern: Staatssekretariat für Wirtschaft SECO.
- Nekoei, A., & Seim, D. (2022). How do inheritances shape wealth inequality? Theory and evidence from Sweden. *The Review of Economic Studies* 90(1), S. 463-498.
- Niehues, J. (2014). Subjektive Ungleichheitswahrnehmung und Umverteilungspräferenzen – Ein internationaler Vergleich. *IW-Trends* 41(2), 75–91.
- Niehues, J. (2016). Wahrnehmung und Wirklichkeit – ein internationaler Vergleich. *Wirtschaftsdienst* 96(13), S. 13–18.
- Organisation for Economic Development (OECD) (2024a). OECD Income Distribution Database (IDD). <https://www.oecd.org/en/data/datasets/income-and-wealth-distribution-database.html>. (Zugriff am 13.11.2024).

- Organisation for Economic Development (OECD) (2024b). OECD employment rate remains at record high in the fourth quarter of 2023. <https://www.oecd.org/en/data/insights/statistical-releases/2024/04/labour-market-situation-updated-april-2024.html>. (Zugriff am 25.11.2024)
- Pfister, C., Tour Sartore, S. & Backes-Gellner, U. (2017). The relative importance of type of education and subject area. Empirical evidence for educational decisions. *Evidence-based HRM: a Global Forum for Empirical Scholarship* 50(1), S. 30–58.
- Piketty, T. (2001). *Les Hauts Revenus en France au 20^{ème} Siècle*. Paris: Grasset.
- Piketty, T. (2003). Income Inequality in France, 1901-1998. *Journal of Political Economy* 111(5), S. 1004–1042.
- Piketty, T. & Saez, E. (2003). Income Inequality in the United States, 1913-1998. *The Quarterly Journal of Economics* 118(1), S. 1-39.
- Piketty, T. (2014). *Capital in the twenty-first century*. Cambridge, Mass: Harvard University Press.
- Pleninger R. & Sturm, J.-E. (2020). The Effects of Economic Globalisation and Ethnic Fractionalisation on Income Redistribution. *World Development* 130.
- Roth, K., Kopp, D. & Siegenthaler, M. (2024). Der GAV im Coiffeurgewerbe verhindert Tiefelöhne. *Die Volkswirtschaft*, 19. November 2024.
- Sackmann, R. (2010). Schrumpfende untere Mittelschicht. In: N. Burzan & P. Berger (Eds.), *Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schaltegger, C.A. & Gorgas C. (2011). The Evolution of Top Income Shares in Switzerland over the 20th Century. *Swiss Journal of Economics and Statistics* 147(4), S. 479–519.
- Schaltegger, C.A., Frey, C. & Häner, M. (2018). Zur Einkommensverteilung in der Schweiz. *Wirtschaftswissenschaftliches Studium* 11, S. 27–34.
- Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF) (2014). Bildungsbericht Schweiz 2014. https://www.skbf-csre.ch/fileadmin/files/pdf/bildungsberichte/2014/bildungsbericht_14_d.pdf. (Zugriff am 07.11.2024).
- Schweizerische Nationalbank (SNB) (2024). Vermögensbilanz der privaten Haushalte. [https://data.snb.ch/de/topics/uvo/cube/frsekgevehup?dimSel=D1\(RVM\)](https://data.snb.ch/de/topics/uvo/cube/frsekgevehup?dimSel=D1(RVM)) (Zugriff am 07.08.2024)
- Schweri, J., Eymann A., & Aepli M. (2020). Horizontal mismatch and vocational education. *Applied Economics*, 52(32), S. 3464–3478.
- Seliger, F. (2024). Datenanalyse: Das sind die weltweiten Hotspots der Superreichen. *Neue Zürcher Zeitung*, 24. April. <https://www.nzz.ch/visuals/das-sind-die-weltweiten-hotspots-der-superreichen-ld.1825891> (Zugriff am 30.09.2024).
- Siebert, H. (1997). Labor Market Rigidities: At the Root of Unemployment in Europe. *Journal of Economic Perspectives* 11(3), S. 37–54.
- Stadelmann, D., Portmann, M. & Eichenberger, R. (2015). Income and policy choices: Evidence from parliamentary decisions and referenda. *Economic Letters* 135, S. 117–120.
- Stantcheva, S. (2024). Perceptions and preferences for redistribution. *Oxford Open Economics* 3, S. 96–100.
- Stiglitz J., Sen A. & Fitoussi J.-P. (2008). Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress. <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/8131721/8131772/Stiglitz-Sen-Fitoussi-Commission-report.pdf> (Zugriff am 07.11.2024).

Sturm, J.-E. & De Haan, J. (2015). Income Inequality, Capitalism, and Ethno-Linguistic Fractionalization. *American Economic Review* 105(5), S. 593–597.

Swiss Inequality Database (SID) (2024). <https://www.iwp.swiss/sid/income>. (aktualisiert für die Daten des Jahres 2021).

UBS (2023). *Global Wealth Report 2023*. <https://www.ubs.com/global/de/media/display-page-ndp/de-20230815-global-wealth-report-2023.html>. (Zugriff am 30.09.2024).

World Inequality Database (WID) (2024). <https://wid.world/data/> (Zugriff am 30.10.2024).